Lippspringer Anzeiger

Lokal- und Heimatzeitung für Stadt und Amtsbezirk Lippspringe

Badezeitung

Tageszeitung für Jedermann Publikationsorgan vieler Behörden.

Erscheint an allen Werktagen und kostet durch die Post oder durch unsere Boten monatlich 1.80 RM einschließlich Bestellgeld. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger, unsere Geschäftsstellen in Lippspringe und Paderborn sowie unsere Boten entgegen. Fernsprecher: Amt Paderborn 3213, Postscheck-Konto: Hannover Nummer 14342, Telegramm-Adresse: Anzeiger Paderborn

Anzeigenpreise: Die 30 Millimeter breite Millimeterraumzeile 10 Pfennig, für Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Pfennig, amtliche Anzeigen 10 Pfennig, Sammelanzeigen 15 Pfennig. Im Reklameteil die 89 Millimeter breite Millimeterraumzeile 50 Pfennig. In Konkursfällen oder bei Zwangsbeitreibung erlischt jeder Preisnachlaß. Gerichtsstand: Paderborn

Gratisbeilagen: Illustrierte Wochenschau, Sonntagsglocken, Heimatbote, Sport vom Sonntag, Am stillen Herd, Frauenwelt, Landwirtschaft

Nr. 253 — 1. Blatt | **Donnerstag, den 27. Oktober 1932.** | **27. Jahrgang**

Reichskommissar in Preußen verfassungsmäßig.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verkündete in Leipzig die Entscheidung des Staatsgerichtshofes dahin: „Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen."

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung des Staatsgerichtshofes sei hier noch einmal der Inhalt der „Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen" vom 20. Juli 1932 wiederholt: Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

Der Standpunkt der Reichsregierung.

Zum Leipziger Urteil wird von zuständiger Reichsstelle mitgeteilt: Durch dieses Urteil wird die Verordnung vom 20. Juli 1932 in vollem Umfange bestätigt. Das Urteil entspricht dem Standpunkt der Reichsregierung auch hinsichtlich der politischen und parlamentarischen Vertretung des Landes Preußen, die von der Reichsregierung stets als offene Frage behandelt worden ist. Weder hat der Reichskanzler als Reichskommissar noch haben seine Organe die Vertretung Preußens im Reichsrat oder im Reichstag für sich beansprucht, oder im Landtag bezw. Staatsrat ausgeübt. Auch sind die Vertreter für Reichsrat und Staatsrat nicht vom Reichskommissar instruiert worden. Im übrigen bleiben die bisherigen Maßnahmen in vollem Umfange bestehen.

Die Begründung des Urteils.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke gab nach der Urteilsverlesung den wesentlichen Teil der Gründe wieder, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen ist. Er erklärte u. a.:

Die Anträge, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfallen in drei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli richten. In der zweiten Gruppe faßt der Staatsgerichtshof die Anträge zusammen, die eine Entscheidung darüber verlangten, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bilden die Anträge, nach denen durch einen besonderen Ausspruch festzustellen sei, daß die Behauptung des Reiches, Preußen habe seine Pflicht gegenüber dem Reiche nicht erfüllt, unbegründet und nicht erwiesen sei.

Eine sachliche Entscheidung auf die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt.

Auch den Anträgen der dritten Gruppe, unmittelbar auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zum Vorwurf gemacht habe, konnte keine Folge gegeben werden. Diese Frage ist eine von den zahlreichen Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli gerichteten Anträge entscheiden zu können.

Bei der Stellungnahme zu den Anträgen der Gruppe 1, die unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli gerichtet sind, war zunächst über die Streitfrage zu entscheiden, wie diese Verordnung auszulegen ist. Die Antragsteller gehen davon aus, daß die Verordnung dem Reichskommissar die Befugnis einräumt, die preußischen Minister endgültig ihrer Ämter zu entheben. Das Reich vertritt dagegen die Auffassung, daß die Verordnung in einem engeren Sinne zu verstehen sei und den Reichskommissar nur ermächtigt, die preußischen Minister nur vorübergehend ihrer Ämter zu entheben.

Der Wortlaut der Verordnung, in der schlechthin von Amtsenthebung die Rede ist, spricht von der weiteren Aufhebung der Ämter der Minister. Aus dem Wortlaut vom Schreiben des Reichskanzlers ergibt sich, daß die Reichsregierung die Verordnung unmittelbar nach deren Erlaß in diesem weiteren Sinne verstanden hat. Diesen Tatsachen gegenüber kann der Umstand, wie die Reichsregierung im weiteren Verlaufe der Angelegenheit sich entschieden hat, nicht ausschlaggebend sein. Wichtig für den Staatsgerichtshof ist die Frage, ob durch die Verordnung dem Reichskommissar die Ermächtigung erteilt werden soll, preußische Staatsminister endgültig ihres Amtes zu entheben.

Von der so gewonnenen Grundlage aus war zunächst darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in Absatz 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung ihre Stütze findet.

Dies hat der Staatsgerichtshof verneint. Die Vorschrift gibt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß ein Land seine Pflicht gegenüber dem Reiche nicht erfüllt, die Befugnis, das Land mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Pflichterfüllung anzuhalten.

Die Behauptung, mit der das Reich die Vorwürfe der Nichterfüllung von Pflichten begründet, betrifft zu einem Teil Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern des Landes Preußen, sondern von untergeordneten Beamten vorgenommen wurden. In diesen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht begründet werden.

Ein weiterer Vorwurf geht dahin, daß der preußische Minister des Innern die Maßnahmen der Reichsregierung in einer dem Reich widersprechenden Weise bekämpft habe. Es ergibt sich für den Vorwurf keine genügende Stütze. Auf Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung kann die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden.

Der Absatz 2 des Artikels 48 gewährt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß im Deutschen Reiche die öffentliche Ordnung und Ruhe erheblich gefährdet sind, zur Wiederherstellung diejenigen Maßnahmen, die er für nötig hält. Daraus ergibt sich zugleich die Befugnis, daß zu diesem Zweck bestimmte Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt werden können.

Es ist offenkundig, daß die Verordnung in einer Zeit schwerster Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen worden ist. **Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 waren daher ohne weiteres gegeben.**

Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es Recht und Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit den übrigen Bestimmungen der Reichsverfassung zu vereinbaren sind.

Eine Überschreitung des Ermessens würde dann vorliegen, wenn sich ergäbe, daß durch die Verordnung vom 20. Juli Maßnahmen getroffen wurden, die offensichtlich über den Zweck der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit hinausreichten. Für eine solche Ausnahme fehlt es an Anhaltspunkten.

Die Maßnahmen aus Artikel 48 Absatz 2 müssen aber nicht nur dem Zwecke der Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit entsprechen, sondern sie müssen sich auch in den unüberschreitbaren Grenzen halten, die sich aus dem Zusammenhang jener Vorschriften (48 Abs. 2) mit anderen Bestimmungen der Reichsverfassung ergeben. Der Staatsgerichtshof hat sich in seiner bisherigen Rechtsprechung ständig zu der Ansicht bekannt, daß der Reichspräsident bei einem Vorgehen zum Zwecke der vorübergehenden Außerkraftsetzung der sieben Grundrechte der Verfassung an die übrigen in Kraft bleibenden Vorschriften der Reichsverfassung gebunden ist. An dieser Rechtsansicht des Staatsgerichtshofes ist festzuhalten.

Demnach ist also der Inhalt der Notverordnung zulässig, soweit er sich bezieht auf die Übertragung von Geschäften und Befugnissen der Landesregierung auf ein Reichsorgan.

Der Inhalt der Verordnung ist aber nicht vereinbar mit der Verfassung, soweit die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen hat. Dazu gehören die Bestimmungen über die Abgrenzung der Länder, über den Aufbau des Reiches und über die Zuständigkeit der Länder.

Im übrigen liegt es beim Preußischen Landtag, durch Bildung einer neuen Regierung dem jetzigen Zustand schnellstens ein Ende zu machen. Dem Reichskommissar stand dagegen unbedingt das Recht zu, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu setzen, Beamte zu ernennen, zu befördern oder sie zu entlassen. Die Ermächtigung des Reichskommissars zur Ausübung solcher Befugnisse liegt in der dem Reichspräsidenten durch Artikel 48 Absatz 2 gewährten Zuständigkeit. Ob die Aufnahme von Anleihen durch den Staatskommissar erfolgen kann, diese Frage erledige sich mit dem Inhalt des Artikels 65 der preußischen Verfassung; nach dieser Vorschrift ist die Beschaffung von Geld im Wege des Kredits nur durch Erlassen eines Gesetzes möglich.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß die Verordnung vom 20. Juli 1932 insoweit mit der Reichsverfassung vereinbar ist, als sie die ministeriellen Befugnisse in Preußen aus dem Kreis der Landesgeschäfte herauslöst und dem Reichskommissar überträgt, daß von dieser Übertragung aber die Vertretung im Reichstag und im Reichsrat sowie die sonstige Vertretung des Landes gegenüber dem Reiche und anderen Ländern und die Befugnisse gegenüber dem Landtag und Staatsrat ausgenommen werden müssen.

„Zwiespältiges Kompromiß."

Aus dem Urteil, das der Staatsgerichtshof in dem Streit zwischen Preußen und dem Reich gefällt hat, wird in der politischen Öffentlichkeit allgemein der Zwiespalt hervorgehoben, der durch den Leipziger Spruch für die Führung der politischen Geschäfte in Preußen entstanden ist.

Der sozialdemokratische Vorwärts meint, daß nach dem Urteilsspruch beide Parteien recht haben. Wie sich das praktisch auswirken solle, wüßten die Götter.

Das demokratische Berliner Tageblatt fordert den Reichskanzler auf, nunmehr dem Reichspräsidenten einen Vorschlag zu unterbreiten, der aus dem Spruch von Leipzig die Konsequenzen ziehe und unter eine der peinlichsten und unerfreulichsten Episoden der deutschen Verfassungsgeschichte den Schlußstrich mache.

Der bürgerlichnationale Berliner Lokalanzeiger spricht von einem sonderbaren Kompromißurteil, das all das Mißliche an sich habe, das Kompromißlösungen anzuhaften pflege. Die Verordnung des Reichspräsidenten

Viermächtekonferenz endgültig aufgegeben

Herriots „Abrüstungsplan" festgefahren.

Der Studienausschuß des französischen Obersten Landesverteidigungsrates trat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten erneut zusammen, um die Prüfung des französischen „Sicherheits- und Abrüstungsplanes" fortzusetzen. Die Meinungsverschiedenheiten, die im Ausschuß zwischen dem Kriegsminister Paul-Boncour und General Weygand als dem Obersten Befehlshaber der französischen Streitkräfte aufgetaucht sind, konnten noch nicht beigelegt werden. Der einzige Punkt, über den eine Einigung erzielt werden konnte, ist die Luftfahrt. Unüberwindliche Schwierigkeiten sind aber bei der Abrüstung der Landstreitkräfte aufgetreten. General Weygand, Marschall Pétain und sämtliche Mitglieder des Obersten Kriegsrates sollen sich gegen jede Herabsetzung der Landesstreitkräfte ausgesprochen haben. In politischen Kreisen wird es als äußerst fraglich bezeichnet, ob der „Abrüstungs- und Sicherheitsplan" überhaupt noch bis zum 3. November, dem Beginn der Genfer Abrüstungsverhandlungen, fertiggestellt werden kann.

Der französische Plan.

London, 26. Okt. Wie die Times meldet, steht die Veröffentlichung des französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes bevor. Ein Korrespondent des Blattes glaubt dazu Einzelheiten mitteilen zu können. Frankreichs Plan gelte auf weite Sicht, und schlage eine schrittweise Abrüstung vor. Luftwaffen sollen unter Kontrolle kommen. Endziel bleibt die Schaffung einer intern Macht. Weiter soll sich der Plan für Verzicht auf Freiheit der Meere und für Schiedsgerichte aussprechen.

Angelsächsischer Rettungsversuch für Genf

Abrüstungsverhandlungen sollen ohne eine Viermächtekonferenz fortgesetzt werden.

Der amerikanische Vertreter bei der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, hatte in London neue Besprechungen mit Macdonald und Außenminister Simon. Von amerikanischer Seite, auf der man die Viermächtekonferenz als völlig erledigt betrachtet, werden energische Anstrengungen gemacht, eine Annäherung Englands an die Hooverschen Abrüstungspläne durchzusetzen. Wenn es im Augenblick wohl auch noch verfrüht ist, von einem gemeinsamen englisch-amerikanischen Plan zu sprechen, so bewegt sich die Tendenz doch in der Richtung, durch ein Einvernehmen zwischen England und Amerika der Abrüstungskonferenz neues Leben einzuhauchen und die Verhandlungen damit auf eine neue Grundlage zu stellen. Englische politische Kreise rechnen durchaus mit der Möglichkeit, daß eine Fortsetzung der Genfer Verhandlungen ermöglicht werden kann, ohne daß vorher eine Viermächtekonferenz stattgefunden hat.

Japan lehnt Hoovers Abrüstungsvorschläge ab.

Der Ministerrat hat am Dienstag in seiner Sitzung den Beschluß des japanischen Außen- und des Marineministeriums über die Ablehnung der Hooverschen Abrüstungsvorschläge bestätigt. Die japanische Abordnung in Genf soll Anweisung erhalten, den Grundsatz der Einschränkung der Angriffswaffen zu vertreten und keinerlei Zugeständnisse zu machen.

Der Spruch von Leipzig.

Mit größter Spannung wurde das nun sehr langsam heranreifende Urteil des Staatsgerichtshofes in der „Preußenfrage" erwartet, und fast drei Monate sind verstrichen, seit die Klage in Leipzig eingereicht wurde. Am 10. Oktober erst begannen die Gerichtsverhandlungen, die am 17. Oktober abgeschlossen wurden; und in fast achttägiger Frist schmiedeten die Richter am Urteil.

Die Spannung war verständlich. Zwar war der Staatsgerichtshof schon so manchesmal zu politisch schwerwiegenden Entscheidungen berufen, aber diesmal handelte es sich um einen derart bedeutungsvollen Fall wie nie zuvor. Klage der am 20. Juli aus dem Amt entfernten preußischen Regierung, Klage der Zentrums- und der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, Klage der Länder Bayern und Baden — alles wegen der Frage um die Rechtsgültigkeit der Notverordnung vom 20. Juli, aber auch um die Rechtsgültigkeit der zahllosen Maßnahmen, die der vom Reichskanzler bestellte Reichskommissar bzw. dessen Stellvertreter Dr. Bracht getroffen hatten. Die Klagen der beiden Länder hatten einen andern verfassungspolitischen Zweck: Es sollte einmal positiv festgestellt werden, unter welchen tatsächlichen Voraussetzungen verfassungsmäßiger Art — Artikel 48 Absatz 1 — der Reichspräsident mit einer solchen „Reichsexekution" gegen ein Land vorgehen darf, und zweitens, wie weit in einem solchen Falle die Befugnisse des Reichskommissars zwecks Wiederherstellung der „gefährdeten Ordnung und Sicherheit" sinngemäß reichen dürfen.

Der Staatsgerichtshof stand also vor Klärung der beiden Fragen — gemäß Artikel 48 —, ob die ehemalige preußische Regierung „die ihr nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt" habe und ob — Absatz 2 — in Preußen „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet" gewesen sei, so daß der Reichspräsident das Recht hatte, einzugreifen. Die Reichsregierung bzw. ihre Vertreter und Sachverständigen in Leipzig stellten sich nun auf den Standpunkt, daß eine Antwort auf jene zweite Frage zu geben und entsprechend zu handeln allein im Ermessen des Reichspräsidenten liege. Wenn er also die Lage für gefährdet ansehe oder eine Pflichtverletzung der betreffenden Regierung als vorliegend betrachte, dann habe er ohne weiteres das Recht zur „Reichsexekution".

Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat nun erklärt, es sei **offenkundig**, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen worden sei, daß mithin **die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, ohne weiteres gegeben** seien. Gleichzeitig wird hier auch ein Einwand Preußens zurückgewiesen, daß die Verordnung ein „Ermessensmißbrauch" oder eine „Ermessensüberschreitung" des Reichspräsidenten darstelle, sofern als tatsächlich für das Einschreiten irgend welche anderen Gründe als die in der Verordnung angeführten vorgelegen oder Maßnahmen getroffen worden seien, die anderen Zwecken dienten als denen der Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung. Allerdings verlangt nun der Zweck des Eingreifens durch Notverordnung, daß nur eine dementsprechende Einschränkung der Amtsbefugnisse von Ministern, Beamten und so weiter erfolge.

Auf der anderen Seite hat aber das Reichsgericht, was nicht minder wichtig ist, ausdrücklich erklärt, daß der **Absatz 1** des Art. 48 für die Begründung dieses Eingreifens des Reichspräsidenten deswegen **nicht anwendbar** gewesen sei, weil **kein Anhalt** für die Annahme vorliege, daß der preußische Minister des Innern es wirklich an der nötigen Tatkraft gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen, wie es von seiten des Reiches behauptet worden war. Zur Rechtsgültigkeit der Notverordnung genüge aber, wie gesagt, schon, daß der Absatz 2 angewendet werden konnte und anzuwenden war. Hier wie dort fällt der Staatsgerichtshof aber keine Entscheidung über die Frage, welche **Befugnisse** für den Reichspräsidenten die beiden Absätze des Artikels 48 in sich schließen.

Ob eine Nichterfüllung der nach der Reichsverfassung oder nach den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten vorliegt, ist jedenfalls juristisch eher festzustellen, also als „Tatbestand" festzulegen als die mehr „politischen" Voraussetzungen des Absatzes 2. Im übrigen hat der Staatsgerichtshof — dazu ist er ja eigentlich da — bereits in zahlreichen Fällen darüber urteilen müssen, ob ein Land, ob selbst das Reich nicht irgendwie gegen die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verstoßen hat. Aber es handelte sich dann nicht um eine „Reichsexekution" — sie hätte höchstens einmal die Folge eines solchen Urteilsspruchs werden können —, geschweige denn um eine so tief einschneidend politische Entscheidung wie jetzt.

werde nicht etwa aufgehoben, wohl aber werde sie eingeschränkt. Das Blatt schließt seine Betrachtung dann wörtlich: „Keine Vorwürfe weiter gegen die Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Wohl aber jede politische Folgerung gegen die Überspannung des Rechtsgedankens auf einem Gebiete, auf dem der Verfassungsreform das Wort gehört."

Der nationalsozialistische Angriff bezeichnet den Urteilsspruch als eine Niederlage Papens. Der preußische Landtagspräsident werde jetzt mit größerer Aussicht auf Erfolg als bisher die Bildung einer gesetzmäßigen und tragfähigen Regierung in Preußen betreiben können.

In der rechtsstehenden Deutschen Allgemeinen Zeitung, die ebenfalls von einem zwiespältigen Urteil in Leipzig spricht, wird zusammenfassend festgestellt, daß durch den Spruch von Leipzig eine außerordentliche Verwirrung und Beunruhigung hervorgerufen worden sei. Das Blatt weiß zu melden, daß für die allernächste Zeit eine Notverordnung für die Klärung der vom Staatsgerichtshof offengelassenen staatsrechtlichen Fragen erscheinen wird. Das Blatt glaubt weiter zu wissen, daß man von seiten der Reichsregierung aus versuchen wird, mit den alten preußischen Ministern zu einem gütlichen Einvernehmen zu gelangen, indem sie zu einem Verzicht auf die Ausübung ihrer Befugnisse bewegt werden sollen.

Sitzung des alten preuß. Staatsministeriums

Das alte preußische Staatsministerium wird am Mittwochvormittag im Amtszimmer des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer zu einer Sitzung zusammentreten, in der unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten **Braun** zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes Stellung genommen werden soll.

Rückzug Herriots vor der Kammer.

Keine außenpolitische Aussprache.

Nach dreimonatiger Ferienunterbrechung trat die **Französische Kammer** wieder zusammen. Obgleich **Herriot** das Versprechen abgegeben hatte, die Wiedereröffnung der Kammerberatungen mit einer großen **außenpolitischen** Aussprache zu beginnen, verhielt er sich von Beginn der Sitzung an **äußerst zurückhaltend** und überließ es dem Ermessen der Abgeordneten, das Arbeitsprogramm selbst zu bestimmen. **Der Grund** für diesen Rückzug dürfte in den ernsten Meinungsverschiedenheiten zu suchen sein, die **trotz** der amtlichen Verlautbarungen **immer noch** zwischen der Regierung und dem Großen **Generalstab** über den französischen „Sicherheits- und Abrüstungsplan" bestehen und die es dem Ministerpräsidenten **praktisch unmöglich** machen, schon jetzt bindende Erklärungen abzugeben. Da die Kammer sich vorerst nur mit der Krise der **Landwirtschaft** befassen will, rechnet man kaum mehr damit, daß die Behandlung der außenpolitischen Fragen vor dem Wiederzusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz am 9. November erfolgen wird.

Auch in Belgien Neuwahlen.

Das Parlament in Brüssel aufgelöst.

Die neue **belgische** Regierung hat im Anschluß an ihren ersten Ministerrat, an dem auch der König teilnahm, beschlossen, das Brüsseler Parlament sofort aufzulösen. Die Neuwahlen für Kammer und Senat sind auf den 27. November und für die Provinzialräte auf den 4. Dezember festgesetzt worden. Die Parteien haben bereits mit der Veröffentlichung ihrer Wahlaufrufe begonnen.

Doch ein französisches Militärflugzeug!

Die von der Kreisverwaltung **Trier-Land** angestellten amtlichen Erhebungen über die am letzten Sonnabend erfolgte Landung eines Flugzeuges bei **Neuenhaus** haben ergeben, daß es sich tatsächlich um ein **französisches** Militärflugzeug gehandelt hat. Die Flugzeugführer waren ganz in Leder gekleidet, so daß sie Uniformabzeichen festzustellen waren. Aus diesem Grunde wurden sie auch nicht von der Bevölkerung als französische Militärpersonen erkannt. Es gelang ihnen daher, ihren Flug fortzusetzen.

Die Wünsche der Beamtenschaft.

Anläßlich des achten Bundestages des Deutschen Beamtenbundes in **Berlin** wies der Vorsitzende **Flügel** auf die wiederholten Gehaltskürzungen hin, die die wirtschaftliche Existenz weiter Kreise der unteren Besoldungsgruppen gefährdet hätte. Sollte es mit der deutschen Wirtschaft wieder aufwärtsgehen und damit die Finanzlage des Staates und der Gemeinden besser werden, so melde der Deutsche Beamtenbund auch seinen Anspruch an, die Beamtenschaft an dem Aufstieg angemessen zu beteiligen. Das Beamtenrecht müsse in zeitgemäßer Weise sozial und freiheitlich ausgebaut und für alle Beamten einheitlich gestaltet werden. Der Redner beteuerte sodann die parteipolitische Neutralität des Beamtenbundes und sprach sich gegen den Parteigeist in irgendeiner Form im Deutschen Beamtenbunde aus. Vorsitzender Flügel schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung auf die Erhaltung der unsterblichen Ideale des deutschen Berufsbeamtentums.

Heimatlicher Teil

Merkblatt für den 27. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{44}	Mondaufgang	3^{34}
Sonnenuntergang	16^{43}	Mondaufgang	15^{37}

1760: der Feldmarschall August Graf Neidhardt von Gneisenau geb.

Einer für alle, alle für einen.

Die Wenzeslaus-Grube bei Neurode in Schlesien ist im Konkurs. Man kennt die Unglücksgeschichte dieser Grube: im Sommer 1930 fanden hier mehr als 150 Bergleute den Tod, und die Grube wurde bald darauf völlig stillgelegt. Zahlreiche Bergleute sind zum Feiern verurteilt und sind in Not. Und nun naht der Winter, und die Bergleute, die sonst so viel Kohle für andere fördern durften, haben jetzt nicht einmal ein bißchen Kohle für sich selbst, wenn ihnen nicht geholfen wird. Aber es soll ihnen geholfen werden, denn die Hauptgläubiger der Grube haben die Genehmigung erhalten, für vier bis sechs Wochen einen Teil des noch nicht ersoffenen Bergwerkes wieder in Betrieb zu nehmen, um der arbeitslosen Belegschaft Kohle zu sichern. Etwa 200 Bergleute sollen etwa 6000 Tonnen Kohle fördern. Und die 200 Bergleute haben sich einhellig bereit erklärt, bei Weiterzahlung der ihnen zustehenden Wohlfahrtsunterstützung die ganze Arbeit ohne Lohn für sich und ihre erwerbslosen Kameraden und deren Familien durchzuführen!

. . . und ihre erwerbslosen Kameraden! Wir leben in einer Zeit, die als die Zeit des krassen Egoismus, der krassen Selbstsucht verrufen ist. Wer hat jetzt noch Lust, an die Not der anderen zu denken, wo ihm selbst die Not so nahegerückt ist! Man ist froh, daß man mit seinem eigenen Leben fertig wird, daß man sich der eigenen Sorge ein wenig entledigen kann, daß man für sich und die eigene Familie noch ein bißchen Arbeit hat. Die anderen? Die anderen mögen sich selbst helfen oder irgendeine amtliche Unterstützung mag ihnen helfen oder Gott mag ihnen helfen, wenn alles andere versagt! Das ist so die allgemeine Auffassung — meint man. Ist sie das aber wirklich? Es ist eine Auffassung, wie es deren viele gibt, aber allgemein kann sie bestimmt nicht sein. Nein, es gibt glücklicherweise immer noch Menschen, die bereit sind, einzutreten für ihre Mitmenschen, die sich in Not befinden, und es finden sich dazu nicht selten gerade diejenigen, welche selbst nicht viel besitzen, bereit. Gemeinsame Not kittet und macht die Bande zwischen den Menschen fester, gemeinsame Not führt zu einer Solidarität, die über jedes Lob erhaben ist.

Das Beispiel der armen Bergleute von Neurode, die ohne Lohn für ihre erwerbslosen Kameraden mitarbeiten wollen — das ist das Hohe Lied der Solidarität, das ist edelstes Menschentum! Und darum sollte keiner von uns verzagen, wenn er am Rande ist mit der eigenen Arbeitskraft, wenn er den Arbeitswillen, der in ihm ruht, nicht verwerten kann. Gewiß, es ist viel Egoismus in der Welt, aber nicht so viel Egoismus, daß wir darum ganz zu verzweifeln brauchten. Wenn die Not zu groß wird, tritt immer noch einer für alle, treten immer noch alle für einen ein! Und wenn wirklich einer von uns dem Verzweifeln nahe sein sollte, so soll er nur einen Augenblick lang an das Beispiel der Bergleute von Neurode denken, und er wird bestimmt erleichtert und getröstet sein in dem Gedanken: Auch mir wird noch geholfen werden, denn der Mensch ist nicht so schlecht, wie er sich selbst oft zu malen sucht!

Ein Musterbeispiel der Winterhilfe.

WK. In der vom Landeshauptmann der Provinz Westfalen herausgegebenen „Westfälischen Wohlfahrtspflege" erstattet Domvikar **Holling**, Münster, soeben Bericht über das, was das Bistum Münster in der Notzeit des Winters 1931/32 an caritativer Hilfe geleistet hat. Wer die Arbeit für die vorjährige Winterhilfe in der Diözese Münster überschaut, sieht, so schreibt Domvikar Holling, ein starkes Gemeinschaftsgefühl der einzelnen Pfarreien untereinander, besonders zwischen Land und Stadt. An Natural- und Sachwerten erhielt die Sammlung u. a. über 68 000 Zentner Kartoffeln, 12 000 Zentner Brotkorn, 1400 Zentner Fleisch, 40 000 Stück Wäsche, 28 500 Stück Kleider, 8000 Paar Schuhe, 17 000 Zentner Kohlen; dazu 73 800 Pfundpakete, ferner Milch, Hülsenfrüchte, Gemüse und Kolonialwaren, Obst, Bettzeug und vieles andere mehr. Das Ganze hatte einen Wert von etwa 726 000 M. Hinzu kamen an Bargeld rund 383 400 M., sodaß im ganzen für die Unterstützung der Familien und Einzelpersonen rund 1,1 Mill. M. zur Verfügung standen. Aus diesen Mitteln wurden unterstützt 217 000 Familien und Einzelpersonen mit Lebensmitteln, 66 740 mit Wäsche, Kleidern und Schuhen, 7840 mit Brennstoff, 7495 mit Bargeld und 1978 mit sonstigem Bedarf. Die Hilfe achtete besonders darauf, überall wo es möglich war, den Familienzusammenhang zu erhalten. Die Hauptarbeit in dieser Beziehung haben die Pfarrhilfen durch die Elisabethvereine und Vinzenzkonferenzen geleistet. In die Hunderttausende gingen die Speisungen und Freitische. Errechnet wurden insgesamt rund 2,8 Millionen unentgeltlich ausgegebene Portionen im Werte von rund 747 000 M. Die materielle Winterhilfe des Bistums Münster erreichte im vorigen Jahre insgesamt den Wert von 1 856 515 M. Zur materiellen Hilfe trat als wirksame und notwendige Ergänzung die geistig-seelische Hilfe vor allem für die jugendlichen Erwerbslosen. In Wärme- und Lesestuben, in Kursen für die Fortbildung, in Vorträgen und im freiwilligen Arbeitsdienst wurde die schwere innere Not der in Hunger und Verzweiflung Verstrickten gelindert.

*

Neue Tonfilmschlager.

Der **Emelka-Tonverlag** bringt vier neue Tonfilmschlager heraus: aus dem Ondra-Film „**Kiki**", einem Slowfox „Dir möcht ich mich gerne anvertraun" und ein Marschlied: „Wir marschieren in das Land der Liebe"; Musik und Texte von Bert Reisfeld und Rolf Marbot; ferner zwei Schlager aus dem soeben fertiggestellten Lothar-Stark-Film „Scampolo", mit Dolly Haas und Carl Ludwig Diehl in den Hauptrollen: „Für'n Groschen Liebe" und „Ach, wie ist das Leben schön". Die Musik komponierte Franz Wachsmann, die Texte stammen von Max Kolpe. Sämtliche Nummern sind für Klavier und Orchester erschienen.

*

)-(**Ein Megalithdenkmal in Drachengestalt.** Mit Unterstützung der Lippischen Landesregierung finden zurzeit Ausgrabungen auf dem Bärenstein dicht oberhalb der Externsteine (8 Min.) statt. Es ist eine Drachengestalt freigelegt, deren mächtiger Kopfstein (3,20 mal 2 mal 2 Meter) kunstvoll an Ort und Stelle geschafft ist. Es kann auch gesagt werden, woher und wie. Kultische Bedeutung haben auch zwei benachbarte Steingruppen. Bei günstiger Witterung sollen Führungen mit Vorträgen des Grabungsleiters John, Berlin „Die Bedeutung der Drachensagen für die internationalen Beziehungen der Vorgeschichte", „Die Megalithkultur in Deutschland und England", „Das nordische Paradies" und „Was wir von Siegfrieds Drachen zu halten haben" stattfinden.

:: **33 und ein Drittel Prozent Ermäßigung, 20 Tage Gültigkeit der Weihnachtsrückfahrkarte.** Die Reichsbahn wird, wie im vorigen Jahre, auch zu diesem Weihnachtsfest die um 33 und ein Drittel Prozent ermäßigte Weihnachtsrückfahrkarte wieder ausgeben. Ihre Geltungsdauer wird jedoch länger sein als im Vorjahre. Um dem reisenden Publikum die Möglichkeit zu geben, bereits zu Beginn der Weihnachtsferien die Festtagsrückfahrkarte zu benutzen und erst nach dem 6. Januar 1933 (Heilige Drei Könige) zurückzukehren, soll die Geltungsdauer der Karte sich erstrecken



Brachts Essener Nachfolger.

Als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Oberbürgermeisters in Essen gilt der gegenwärtige Bürgermeister von Essen, **Schäfer**.

Damenhüte

in allen Modefarben zu diesen billigen Preisen **5.50 4.50 3.50** **2.75**

Geschw. Schwarz, Paderborn

Haus für Hüte und Pelze

beitslosen Beleg-
gleute sollen etwa
) Bergleute haben
ung der ihnen zu-
anze Arbeit ohne
eraden und deren

den! Wir leben
n Egoismus, der
jetzt noch Lust, an
selbst die Not so
it seinem eigenen
genen Sorge ein
h und die eigene
ie anderen? Die
gendeine amtliche
Gott mag ihnen
s ist so die allge-
ie das aber wirk-
en viele gibt, aber
ein, es gibt glück-
bereit sind, ein-
in Not befinden,
erade diejenigen,
Gemeinsame Not
Menschen fester,
ät, die über jedes

von Neurode, die
raden mitarbeiten
olidarität, das ist
e keiner von uns
eigenen Arbeits-
r in ihm ruht,
Egoismus in der
ir darum ganz zu
u groß wird, tritt
noch alle für einen
dem Verzweifeln
ugenblick lang an
e denken, und er
sein in dem Ge-
werden, denn der
lbst oft zu malen

rhilfe.

der Provinz West-
hlfahrtspflege" er-
eben Bericht über
otzeit des Winters
hat. Wer die
der Diözese Mün-
ikar Holling, ein
Pfarreien unter-
tadt. An Natural-
u. a. über 68 000
tkorn, 1400 Zent-
00 Stück Kleider,
hlen; dazu 73 800
Gemüse und Ko-
andere mehr. Das
000 M. Hinzu ka-
aß im ganzen für
nzelpersonen rund
us diesen Mitteln
nd Einzelpersonen
e, Kleidern und
Bargeld und 1978
besonders darauf,
lienzusammenhang
Beziehung haben
e und Vinzenzkon-
sende gingen die
wurden insgesamt
bene Portionen im
erielle Winterhilfe
gen Jahre insge-
materiellen Hilfe
nzung die geistig-
hen Erwerbslosen,
r die Fortbildung,
tsdienst wurde die
Verzweiflung Ver-

t vier neue Ton-
n „Kiki", einem
ertraun" und ein
Land der Liebe";
nd Rolf Marbot;
gestellten Lothar-
s und Carl Lud-
Groschen Liebe"
Die Musik kom-
ammen von Max
Klavier und Or-

ngestalt. Mit Un-
ng finden zurzeit
oberhalb der Ex-
rachengestalt frei-
l 2 mal 2 Meter)
Es kann auch ge-
Bedeutung haben
ei günstiger Wit-
n des Grabungs-
Drachensagen für
orgeschichte", „Die
land", „Das nor-
iegfrieds Drachen

ßigung, 20 Tage
Reichsbahn wird,
Weihnachtsfest die
zigte Weihnachts-
tungsdauer wird
n dem reisenden
s zu Beginn der
zu benutzen und
Drei Könige) zu-
arte sich erstrecken

e
igen 2.75
.50
Paderborn
lze

Wahlaufruf der Handwerkerbünde.

Im Einvernehmen mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks übergibt die Gruppe der Handwerkerbünde der Oeffentlichkeit nachfolgenden Wahlaufruf des deutschen Handwerks:

Durch die Reichstagsauflösung vom 12. September fordert die Reichsregierung erneut die politische Entscheidung der Wählermassen. Das Handwerk tritt ein

für Schutz und Freiheit der auf Selbstverantwortung gestellten schöpferischen Handwerksarbeit.

Alle wohlwollenden Erklärungen und Versprechungen, das Handwerk zu schützen und zu fördern, sind bisher, auch zum Schaden von Allgemeinheit und Wirtschaft nicht erfüllt worden. Enttäuschung und Verbitterung haben darum in weiten Kreisen des Handwerks einen Umfang angenommen, der angesichts des verzweifelten Existenzkampfes der mittelständischen Schichten nicht ernst genug dargestellt werden kann.

Trotz grundsätzlicher Würdigung des in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung enthaltenen Bekenntnisse zur Privatwirtschaft vermissen wir auch in diesem Plan zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft der Klein- und Mittelbetriebe. Das Handwerk fordert daher die sofortige Herbeiführung unmittelbarer Maßnahmen,

um endlich die bisher in Gesetzgebung und Verwaltung vernachlässigte Handwerkswirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Von der Erfüllung dieser Forderung hängt zu einem guten Teil die deutsche Zukunft ab. Zu ihrer Verwirklichung beizutragen, bezeichnet das Handwerk als ein dringendes Gebot der Stunde.

Aber auch Ihr, deutsche Handwerker, habt das Recht und die Pflicht und die Macht, durch Eure Stimme die Verhältnisse nach Eurem Willen zu meistern. Darum heißt es für uns alle:

Tut am 6. November Eure Pflicht und geht zur Wahlurne!

Gebt Eure Stimmen den Parteien, die für die Freiheit der Nation, für Recht und Wohlfahrt des Volkes, für den Gedanken der selbstverantwortlichen Persönlichkeit und die Sicherung und Erhaltung des Privateigentums und darum für eine positive Politik des Schutzes und der Förderung des gewerblichen Mittelstandes eintreten.

Deutsches Handwerk, in der Stunde der Entscheidung heraus zum Kampf, nur keine Wahlmüdigkeit!
Wählt alle am 6. November!

Gruppe der Handwerkerbünde im Reichsverband des deutschen Handwerks!
Westfälisch-Lippischer Handwerkerbund-Dortmund.

---

vom 21. Dezember 1932 bis einschließlich 9. Januar 1933. Dem Erholungssuchenden wird hierdurch die Möglichkeit einer um 33 und ein Drittel Prozent verbilligten Reise auf die Dauer von 20 Tagen geboten.

:) **Berufsbezeichnung Baumeister.** Die Berechtigung dazu wurde erteilt: Heinrich Protte Delbrück-Dorfbauerschaft und Josef Gelhausen, Paderborn.

*

== **Bad Lippspringe.** Diebstähle. In der letzten Woche wurden eine Reihe Diebstähle verübt. Aus einer Gartenveranda wurde eine wertvolle Decke, von einer Flurgarderobe ein guter Mantel und aus einem Schaufenster 15 Pfund Fleisch gestohlen. Der Täter, der vor 14 Tagen aus einer Weide eine hochtragende Kuh stahl, konnte noch nicht gefaßt werden.

Paderborner Stadtchronik

vom 26. Oktober 1932.

Benutzt die Nachtfahrgelegenheit über Goslar—Halberstadt nach und von Berlin.

(Nachdruck erwünscht.)

Die Beibehaltung der bisher nur im Sommer verkehrenden Züge 1406 Kreiensen—Altenbeken und 651 Paderborn—Kreiensen im Winter ermöglicht nunmehr das ganze Jahr hindurch eine Reise zur Nachtzeit von Rheinland—Westfalen durch den Nordharz nach Berlin und umgekehrt nach folgendem Fahrplan:

18,07	ab Aachen Hbf	an 14,31		13,15
19,26	ab M.-Gladbach	an 13,08		11,49
19,57	ab Düsseldorf	an 12,19	11,35	
20,31	an Wuppertal	ab 11,51		
19,25	ab Köln Hbf	an 12,33	12,15	
20,33	ab Wuppertal	an 11,37		
21,10	ab Hagen (Westf)	an 10,55		
21,49	an Unna	ab 10,25		
19,35	ab Duisburg Hbf	an	10,59	11,00
19,48	ab Oberhausen	an	10,50	11,00
20,07	ab Essen Hbf	an	10,50	10,38
20,22	ab Gelsenkirchen	an	10,32	10,38
21,01	an Dortmund Hbf	ab	10,04	10,06
	Anschlüsse:			
21,08	ab Dortmund Hbf	an 9,59		
21,53	ab Unna	an 9 25		
22,16	ab Werl	ab 9,05		
22,34	an Soest	ab 8,45		
22,41	ab Soest	ab 8,33	8,40	Münster
23,10	ab Lippstadt	ab 8,02		
23,28	ab Geseke	ab 7,42	7,46	Büren
23,38	ab Salzkotten	ab 7,32		
23,57	an Paderborn Hbf	ab 7,12	6 54	Bielefeld
0,01	ab Paderborn Hbf	an 6,28	7,24	Bielefeld
0,23	ab Altenbeken	an 5,53	6,04	Herford
0,36	ab Driburg	ab 5 39		
0,49	ab Brakel	ab 5,23		
1,00	ab Ottbergen	ab 5,13	5,32	Südharz
1,11	ab Höxter	ab 5,01		
1,19	ab Holzminden	ab 4,52	5,19	Arnsberg
2,09	an Kreiensen	ab 4,04	3,50	Hannover
2,20	ab Kreiensen	an 3,51	4,01	Kassel
3,07	an Goslar (Harz)	ab 3,17		
3,53	an Halberstadt	ab 2,20		
4,18	an Oschersleben	ab 1,58		
4,48	an Magdeburg	ab 1,28		
7,00	an Berlin Pbhf.	ab 23,40 D 180		bis Kreiensen

Bei reger Benutzung dieser Nachtfahrgelegenheit ist zu hoffen, daß sie auch im nächsten Winter bestehen bleibt. Es sei übrigens bemerkt, daß D 179 und 180 zu den wenigen Schnellzügen gehören, die Schlafwagen auch für die dritte Klasse führen; diese können also zwischen Kreiensen und Berlin benutzt werden. Durch Späterlegung des D 180 ist die Reise von Berlin ins Sauerland auf dem kürzesten Wege über Holzminden—Scherfede um 50 Minuten verkürzt; in umgekehrter Richtung dagegen müssen die Anwohner der Strecke Arnsberg—Scherfede infolge Wegfalls des letzten beschleunigten Zuges nach Kassel seit dem 2. Oktober 1½ Stunden früher abfahren, um dort den D 179 nach Kreiensen—Berlin zu erreichen; ein Anschluß dieses über Scherfede—Holzminden besteht leider nicht.

*

Der Auftakt der Kleinliborii-Woche.

Paderborn steht ab heute im Zeichen seiner großen herbstlichen Verkehrswoche um Kleinliborii. Die Stadt Paderborn hat erfreulicherweise wieder di egroße Beflaggung zur Verfügung gestellt. und so winken die Bahnhofstraße entlang am Westerntore und Rathausplatz und an den vier Toren die Fahnen den Scharen zu, die in dden nächsten Tagen durch diese Einaangstore zur Paderstadt kommen, ein freundliches Willkommen zu. Das Willokmmen, das der Wettergott den Paderborner großen Wochen heute an ihrem Eröffnungstage entbietet, ist leider alles andere als freundlich. Nach wenigen einiggermaßen schönen Herbsttagen hat der Wettermacher um sachmännisch zu reden, wieder eine Cyklonenfamilie nach Paderborn zu Gast geschickt,die mit Sturm und Regen ihr loses Unweien treibt und das gewiß nicht zur Freude von Stadt und Land Paderborn. Wenn die vielbesungene Macht der Presse so weit ging, für die Kleinliboritage diese Wetterfamilie zum Teufel jagen zu können, würden wir dies bestimmt tun. Paderborn hat schon mit Vorbedacht seine Werbetage in Werbewochen verwandelt und so dürften wir doch hoffen, daß es zwischendurch auch an schönen Herbsttagen nicht fehlen wird: und da der Mensch niemals verzagen soll, wollen wir gleich die Hoffnung anknüpfen, daß insbesonders die beiden Sonntage richtiges und sonniges Verkehrswetter bringen möchten.

Heute wurde mit der Ausgabe der Gratislose begonnen. Die Geschäfte, in denen Lose verabfolgt werden, sind besonders kenntlich gemacht. Zugleich setzte der Schaufensterwettbewerb ein. Man darf schon heute feststellen, daß auch hierzu das Interesse der Geschäftswelt ein sehr reges zu werden verspricht. Das große Publikum wird viel zu sehen und viel zu bewundern bekommen. Der heutige erste Tag brachte als Sonderveranstaltung die Prämiierung und den Verkauf von Zuchtvieh. Hierzu hatten sich in der Versteigerungshalle im Riemeke sehr zahlreich die Landwirte aus dem ganzen Umkreisse eingefunden.

Der morgige Donnerstag gehört den Land- und Hausfrauen. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen werden dabei geboten, die in dem gestern gebrachten Programm im Einzelnen aufgeführt sind. Das Programm der Vortage fand übrigens durch die Wiederankunft von Kapitän Loose mit seinem Junckers-Flugzeug eine erfreuliche Bereicherung. Bis über Sonntag bleibt das Flugzeug auf dem hiesigen Flugplatz und wer die Gelegenheit nicht versäumen will, die fahnengeschmückte Pader- und Liboristadt einmal von oben zu bewundern, der versehe sich zeitig mit einer Flugkarte dazu.

Am Westerntor steht, was nicht vergessen bleiben soll, ein großes Schild, auf dem in Riesenlettern den Besuchern Paderborns ein Willkommen zugerufen wird. Paderborn und seine Bürgerschaft stimmen in diesen Ruf herzlichst ein, und wir geben auch hier den Ruf gern weiter an alle die, die unsere Paderstadt in den nächsten Tagen besuchen werden.

Tazu die Parole an alle:

Jeder einmal an den Kleinliboritagen in Paderborn!

*

Für Sauberkeit im Wahlkampf.

Die Polizei teilt mit:

Für die demnächst stattfindende Reichstagswahl wird auf die Beachtung folgender Punkte hingewiesen:

a) Wahlplakate und Flugblätter dürfen nur an genehmigten Stellen (Plakatsäulen usw.) angeklebt werden.
b) Es ist verboten, die an genehmigten Stellen angeklebten Wahlplakate und Flugblätter alsbald zu entfernen, zu beschädigen, zu überkleben oder sonst unkenntlich zu machen.
c) Das Umhertragen von Wahlplakaten und das Verteilen von Druckschriften ist an Sonn- und Feiertagen als „öffentlich bemerkbare Arbeit" durch die Provinzial-Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage vom 23. November 1931 verboten.

Hierbei wird darauf hingewiesen, daß allgemein für das Umherfahren und Tragen von Plakaten, Fahnen und Transparenten die ortspolizeiliche Genehmigung auf Grund des § 18 der Ortspolizeiverordnung zum Schutze der Straßen in der Stadt Paderborn erforderlich ist.

Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegen jede Zuwiderhandlung energisch vorzugehen.

Die Vorstände der einzelnen hiesigen politischen Parteien werden gebeten, auf ihre Anhänger entsprechend einzuwirken, damit Zuwiderhandlungen gegen die geltenden Bestimmungen unterbleiben.

Jeder Verstoß hiergegen bedeutet eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Eine Häufung derartiger Störungen läßt unter Umständen Rückschlüsse auf das sonstige Verhalten der Parteien zu, deren Angehörige solche Störungen verursachen, und können dazu führen, vorbeugende Versammlungsverbote und dergl. zu erlassen.

Für die Wahl am Sonntag, dem 6. November, ist für ausreichenden polizeilichen Schutz gesorgt, so daß für jedermann die unbehinderte und freie Ausübung der Wahl gewährleistet ist.

*

Jahresschlußfeier in der Erzbischöflichen Akademie.

Im Festsaale des Leokonviktes fand am Sonntag vormittag die Jahresschlußfeier der Akademie statt, zu der sich eine wieder stattliche Teilnehmerschaft eingefunden hatte Der Domchor umrahmte die Feier mit zwei Chorwerken O quam gloriosum von Vittoria und Tues Petrus von Liszt, die Domchordirektor Professor Schauerte mit seiner vortrefflich geschulten Sängerschaft in ausgezeichneter Wiedergabe hervorstellte. Der derzeitige Rektor der Akademie Professor Dr. Pieper erstattete den Jahresbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß die Akademie im Sommersemester 317 gegen 292 im vorhergegangenen Wintersemester Studierende zählte. Unter den 23 theologischen Fakultäten im deutschen Sprachgebiet steht Paderborn bez. der Frequenz an vierter Stelle, nach Bonn, Münster und Freiburg. Es wurde ferner das Hinscheiden des Akademieprofessors Dr. Hermann Müller ,im Januar d. J., gedacht. Ebenso erinnerte der Rektor an die glanzvolle Feier des Professorenjubiläums von Professor Dr. Norbert Peters im Mai d. J., als dieser 40 Jahre im Amt war, und an die Abberufung des Kirchenrechtlers Professor Dr. Schneider, nach Münster. Die von der Akademie im vergangenen Studienjahre gestellte Preisaufgabe unter dem Thema „Die Entstehung der Pfarreien in der Diözese Paderborn" hatte einen Bearbeiter in dem Theologen Johannes Müding gefunden, dessen Arbeit Anerkennung und Dank erhielt. Für das soeben begonnene Studienjahr wurde eine neue Preisaufgabe gestellt unter dem Thema „Das Wunder und Pseine Bedeutung nach Thomas von Aquin". Nach alter Tradition hält der derzeitige Rektor der Akademie auch einen Vortrag. Professor Dr. Pieper hatte sich das Thema „Paulus und die Kirche" gestellt. Sein ebenso lehr- wie wissenreiche Ausführungen zu diesem interessanten Thema fanden eine aufmerksame Zuhörerschaft.

*

:) **Die Militärversorgungsgebührnisse** werden am 28. Oktober gezahlt. — Die Invaliden- und Unfallrenten am **31.** Oktober.

() **Goldene Hochzeit** feierten gestern die Eheleute Eisenbahnpensionär Bernhard Boloff und Frau geb. Wenzel

Das Neueste vom Tage.

Vom Mittwoch bis 13,15 Uhr.

Das unruhige China.

London, 26. Okt. Aus China wird gemeldet, daß Unruhen bevorstehen. Ueber Peking wurde der Belagerungszustand erklärt. In der Mandschurei dauern die Kämpfe an. Die chinesischen „Freischärler" haben um Chabin neue Erfolge errungen.

Kleine Funkmeldungen

Das abgesetzte **Kabinett Braun** ist heute zu einer Beratung über das Leipziger Urteil zusammengetreten.

Die **Vertagung der auswärtigen Aussprache** in der **französischen Kammer** wird in der Presse sehr widerspruchsvoll besprochen. Insbesonders zeigen sich die Rechtsblätter erregt, die auf eine Erklärung bez. der bevorstehenden **Abrüstungsverhandlungen** gewünscht hätten.

Die internationale Arbeiterkonferenz in Genf wird sich 1933 mit der Frage der **Herabsetzung der Arbeitszeit** beschäftigen. Die Vorkonferenz dazu findet am 10. Januar in Genf statt.

Wetterbericht.

Ueber ganz Deutschland, Bayern ausgenommen, zieht ein Sturmwirbel mit Regen, dessen Ausläufer erst morgen Deutschland nach Osten überquert haben werden. Dann ist vorübergehend Aufheiterung zu erwarten.

Wettervorhersage für Donnerstag:

Zunächst stark wolkig, noch vereinzelt Regen und Regenschauer, dann aufheiternd und mild bei westlichen Winden.

Das Jubelpaar steht im 77. und 74. Lebensjahre. Mit unserem Glückwunsch die Hoffnung, daß sich beide Ehejubilare noch lange einer weiteren Frische in einem sonnigen Lebensabend erfreuen mögen.

=:= **Stadttheater.** Morgen, Donnerstag, 20 Uhr. wird Gerhart Hauptmanns neuester Theatersieg, das Schauspiel „Vor Sonnenuntergang" erstaufgeführt. Der Dichter, der zu seinem Jubiläum uns reich beschenkt mit seinem Alterswerk, schildert ein Familienschicksal in dessen Mittelpunkt der Geheimrat Clausen steht, dessen Liebe zur Jugend den Haß seiner ganzen Familie erweckt. Es ist auch ein Seelenschauspiel, denn es geht um das Recht der Persönlichkeit gegenüber kleinlicher Selbstsucht der Familie. Schließlich ist es ein Schauspiel der Liebe, einer zarten Liebe des Alters zur Jugend, die wie ein süßes Lied edler Menschlichkeit durch das Stück klingt. Aus den vielen Werken des Dramatikers haben sich in diesem Alterswerk Schönheiten und Kräfte gesammelt, wie die reife Könnerschaft des großen Menschenschilderers Hauptmann, die Lyrik der Empfindung, die Kraft der Gestalten und die Gipfelung der Kontraste zu einem wundervollen Kunstgebilde zu vereinen. Daher hat das Schauspiel die ehrliche Bewunderung der ganzen Theaterwelt in hohem Maße erregt, und die Wärme und Innigkeit, die von dem Stück ausgeht, wird über enthusiastisch erwidert.

):(**Zu unserem Bericht über die Brückenbau- und Gasschutzübung** in unserer Nummer vom Dienstag, den 25. Oktober sei nachgetragen, daß sich auch sechs Helferinnen vom Roten Kreuz in den Dienst der Sache stellten, die sich ihrer Aufgabe bestens entledigten. Die Helferinnen wurden auf Veranlassung des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz durch Herrn Dr. Hunstedde-Neuhaus in einem vierwöchentlichen Kursus im Neuhäuser Krankenhause ausgebildet.

!! **Die Landbriefposten** verkehren vom 1. November ab vormittags ½ Stunde früher: Abfahrt vom Postamt 7,15 Uhr, statt bisher 7,30 Uhr. Die Omnibusfahrten nach Lichtenau und Atteln bleiben unverändert.

— **Aus dem Gerichtssaal.** Vor der großen Strafkammer standen zwei Strafsachen an, die beide vertagt wurden. Es handelt sich dabei um ein Verfahren wegen fahrlässigen Falscheides, und Vollstreckungsbehinderung gegen den Kaufmann A. aus Geseke. Vertagung erfolgte, weil die Akten nicht vollständig zur Stelle waren. Weiter hatte sich die 71jährige Frau Ww. Löhr aus Hohenwepel wegen Brandstiftung zu verantworten. Die Frau war nach Schlesien verzogen und kehrte im September zurück um ihr Anwesen zu verkaufen. Während dieses Aufenthaltes brannte das Haus nieder. Man schöpfte Verdacht auf Brandstiftung und nahm die Frau fest. Die Beweisaufnahme wurde unterbrochen, da der Staatsanwalt die Ladung weiterer Zeugen beantragte. Die Frau selbst wurde inzwischen auf freien Fuß gesetzt.

):(**Kurt Meyer vor der großen Strafkammer.** Der vom Paderborner Schwurgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Mädchenmörder Kurt Meyer war am 15. Juni d. J. vom Schöffengericht wegen Betruges zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Meyer hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, worauf die Sache gestern vor der großen Strafkammer nochmals zur Verhandlung kam. Kurt Meyer wurde aus der Haft vorgeführt. Die Berufungsinstanz sprach ihn von der Anklage wegen Betruges mangels Beweise frei.

Aus Nah und Fern

:: **Detmold.** Vor einem Riesenprozeß. Nach langwieriger, mühevoller Ermittlungsarbeit ist es der Polizei gelungen, 59 schwere Diebstähle, die seit Frühjahr ds. Js. in verschiedenen Orten des Landes Lippe begangen worden sind, sowie im Zusammenhang damit einen Betrugsfall und einen Fall von unbefugtem Waffenbesitz aufzuklären. 15 der in Frage kommenden 25 Täter befinden sich in Untersuchungshaft. Die übrigen Personen, von denen einige sich als Hehler strafbar gemacht haben, sind auf freiem Fuße. Bei der großen Anzahl der Täter und der zur Aburteilung kommenden strafbaren Handlungen ist damit zu rechnen, daß demnächst ein Strafprozeß von außerordentlichem Ausmaß vor dem zuständigen Gericht in Detmold stattfinden wird.

Hildesheim. Berufung im Fallersleber Kreditbankprozeß. Die Berufungsverhandlung im Fallersleber Kreditbankprozeß findet vor der hiesigen Großen Strafkammer vom 17. bis 19. November statt. Bei der Verhandlung in Fallersleben waren Bankdirektor a. D. Albert Freutel und der 55jährige Bankkassierer a. D. Albert Freiberg zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Durch die Fehlspekulationen der Angeklagten war der Fallersleber Kreditbank ein Schaden von rund einer Million Mark entstanden.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von **Chlorodont,** der Zahnpaste von **höchster Qualität.** Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Londons Rathaus im Belagerungszustand

Anläßlich des Empfanges einer Arbeitslosenabordnung.

Das Londoner Rathaus wurde in polizeilichen Belagerungszustand versetzt, da man im Zusammenhang mit dem Empfang einer Arbeitslosenabordnung große Unruhen befürchtete. Insgesamt wurden etwa 1000 Schutzleute zu Pferde, zu Fuß und in Kraftwagen aufgeboten, die das Rathaus und die anliegenden Straßen besetzten. Sämtliche Tore des Gebäudes waren fest verriegelt und von innen mit Stühlen und anderen Möbeln verbarrikadiert worden. Auch außerhalb des Rathauses wurden an einem gefährlichen Punkt Barrikaden errichtet, die mit Schutzleuten besetzt wurden. Der Arbeitslosenausschuß verlangte vom Londoner Stadtrat, Vorbereitungen für die Unterbringung von über 3000 arbeitslosen „Hungermarschierern" zu treffen, die aus allen Teilen Nordenglands und Schottlands in London eintreffen sollen. Die „Hungermarschierer" wollen dem Unterhaus eine von einer halben Million englischer Arbeitsloser unterzeichnete Bittschrift über die Bedürfnisse der Arbeitslosen überreichen.

Eine Frau im Brunnen tot aufgefunden

Ein grausiger Fund wurde am Dienstag in Stendal in der Altmark gemacht. Ein Gartenbesitzer wollte seinen Brunnen ausbessern lassen und fand dabei die Leiche einer Frau, die seit mehreren Monaten im Wasser gelegen haben muß. Es handelt sich um seine Schwiegertochter, die schon seit langer Zeit vermißt wird. Es liegt offenbar Mord vor. Als Täter kommt der Ehemann der Frau, der Maurer Karl Jalas aus Stendal, in Frage, der seit Dienstag morgen flüchtig ist.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 27. Oktober.

Westdeutscher Rundfunk.

9.00: Königsberg: Schulfunk: Bei einem ostpreußischen Siedler. 11.30: Schulfunk: Kleine Reise nach Sibirien. 16.10: Mitteilungen aus dem Schulfunk. 18.20: Dr. Dietrich: Naturschutzgesetze in Westfalen. 19.30: Polizeioberstleutnant Lichtenberger: Aufgaben der Polizei und Mitwirkung von Vereinen und Verbänden beim Luftschutzhilfsdienst. 20.00: Abendmusik. Werke v. Massenet, Chopin u. a. 22.20: Das neue Gedicht in der Musik. 22.50: Nachtmusik.

Deutschlandsender.

15.00: Musikalische Kinderstunde. 15.45: Erna Saenger: Mutter und Sohn. 16.30: Berlin: Nachmittagskonzert. 18.00: Else C. Kraus: Leichte moderne Klaviermusik. 20.10: Beethoven. Vierte Sinfonie B-dur op. 60. Ausf.: Berliner Philharm. Orchester. 20.50: Tages- und Sportnachrichten. 21.00: München: Im fernen Osten. Hörspiel. 22.20: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. (22.40: Königsberg: Unterhaltungskonzert.

Stadttheater Hannover.

Donnerstag, 27. Okt. (20—22,15 Uhr): „Falstaff". — Freitag, 28. Okt. (20—22,30 Uhr): „Die Entführung aus dem Serail". — Samstag, 29. Okt. (19,30—22,30 Uhr): „Die Zauberflöte". — Sonntag, 30. Okt. (19—22,45 Uhr): „Tannhäuser." — Montag, 31. Okt. (19,30—22,15 Uhr): „Hoffmanns Erzählungen."

Geschäftliche Mitteilungen

Sparen, aber nicht am falschen Fleck. In Notzeiten ist mancher geneigt, aus sogenannten Sparsamkeitsgründen nach billigen Ersatzmitteln zu suchen. Jeder wird die Beobachtung machen müssen, daß in solchen Zeiten diese billigen machen müssen, daß in solchen Zeiten diese billigen Sachen wie Pilze aus der Erde schießen, weil man mit der Einstellung der Menschen rechnet, die häufig denken, daß man durch billigen Einkauf spart. Das ist grundfalsch. An einem Beispiel sei's gezeigt: Die qualitativ hochwertige Chlorodont-Zahnpaste ist im Preise etwas höher, als in jüngster Zeit angepriesene billige Zahnputzmittel, aber die Chlorodont-Zahnpflegemittel sind preiswerter weil sie vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch und von höchster, stets gleichbleibender Qualität sind.

*

„Holz statt Benzin."

:) Neu sind Holzgeneratoren, die aus Frankreich stammen, nicht. Bereits vor 3 Jahren wurden die ersten französischen Imbert Holzgeneratoren in Nutzfahrzeuge eingebaut, die sich aber mit den noch anhaftenden schweren Mängeln (Teerbildung, Leistungsabfall) nicht durchsetzen konnten. Deutschen Ingenieueren mit langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Gaserzeuger blieb es vorbehalten, die Fehler der französischen Konstruktion zu erkennen und abzustellen. In Stuttgart wurden die verschiedenen in Nutzfahrzeuge eingebauten Fahrzeuggaserzeuger vorgeführt, und zwar außer dem französischen Imbert Generator, der gegen eine hohe Lizenz nunmehr auch in Deutschland hergestellt wird, ein Holzvergaser der Deutschen Vergasergesellschaft und erstmalig ein Holzgaserzeuger der Humboldt Deutz Motoren A. G. in Köln, die sich trotz der langjährigen Erfahrungen mit Gaserzeugern erst nach eingehenden und gelungenen Versuchen zum Bau von Fahrzeug Generatoren entschlossen haben. Die auf dem Markt befindlichen Holzvergaseranlagen bestehen aus dem eigentlichen Generator, einem in Stahlblech ausgeführten Zylinder, der im Führerhaus oder der Karosserie eingebaut, im unteren Teil die Feuerung, im oberen Teil den Holzvorrat für eine mehrstündige Betriebsdauer enthält, sowie 4 Reinigern (Blechröhren mit Prallflächen), die unter dem Chassis aufgehängt für Reinigung und Kühlung der Gase sorgen. Das Gesamtgewicht der Anlage beträgt zirka 300 Kg. Als Betriebsstoff wird lufttrockenes Abfallholz jeder Art verwandt. Am besten eignet sich Hartholz und Weichholz gemischt in Stücken von 8—12 Zentimetern. Der Verbrauch beträgt zirka 2 Kg. Holz anstatt 1 Liter Benzin bedeutet also eine fast 90proz. Ersparnis an reinen Brennstoffkosten. Der an und für sich bestehende Leistungsabfall von 20—35 Proz. kann durch Erhöhung der Kompression, Einschaltung einer Aufladevorrichtung, Frühzündung und Beimischung von flüssigen Brennstoffen ausgeglichen werden. Bei dem Deutz Fahrzeug Gaserzeuger zudem jederzeit von festen Brennstoff (Holz) auf flüssigen Betriebsstoff (Benzolspiritus) übergegangen werden, wodurch völlige Betriebssicherheit gewährleistet wird. Für Personenenfahrzeuge ist der Holzvergaser noch nicht geeignet. Dagegen werden bereits heute z. B. von Humboldt Deutz Holzvergaser für leichte und hochtourige Nutzfahrzeuge (Lieferwagen) hergestellt und eingebaut.

Familien-Nachrichten

Vermählte: Franz Bade, Gertrud Bade, geb. Bernards, Bad Lippspringe.

Gestorben: Frau Ww. Schmiedemeister Chri. Driller, Wilhelmine geb. Tölle, Neuenbeken. — Gemeindevorsteher a. D. Landwirt Anton Köhne, 81 Jahre, Nieheim.

Druck und Verlag der Paderborner Anzeiger und Verlagsdruckerei A.-G. in Paderborn. Geschäfts- und Schriftleitung Martin Wagner, in Paderborn.

Solide Ware - Reelle Preise!

Das Geheimnis unserer Billigkeit ist der schnelle Wechsel unserer Läger! -

Das bedeutet: Täglich neue Waren, immer wieder frische Sendungen, jederzeit die modernsten und aktuellsten Artikel - daher immer interessante Schaufenster und eine vorbildliche Preiswürdigkeit.

Zu Libori Sonder-Angebote in allen Abteilungen

Steinberg u. Grünebaum PADERBORN

Zuschneidekurse
Nähkurse
Schnittmuster nach Maß
F. M. Dietrich
Paderborn, Markt 17

Leder im Ausschnitt
Alle Schuh - Artikel
sehr billig
Lederhandlung Loggen
Paderborn, Bahnhofstr 9

Westdeutscher Rundfunk Aktiengesellschaft, Köln

Am Sonntag, den 30. Oktober, morgens 11.15 Uhr, spricht im Lichtspiel-Palast, Westernstraße,

Major a. D. H. Schlee Leiter der Literarischen Abteilung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Berlin

über das Thema: Die Ueberwindung von Raum und Zeit durch die elektrische Welle.

Dazu die beiden neuen Tonfilme „Unsichtbare Brücken" und „Der Rundfunk auf dem Lande"

Eintritt frei! Eintritt frei!

Allerfeinste Molkereibutter
täglich frisch
1 Pfd. nur 128 ₰
Anton Proppe
Paderborn
Lebensmittel-Großvertrieb
in sämtlichen Verkaufsstellen



Mein Rat ist gut!



Wer auf die bequemste und billigste Weise Sauberkeit und Frische für Wäsche und Haus erzielen will, verwende Dr. Thompson's Schwan-Pulver in dem seit über 50 Jahren bekannten roten Paket. Man staunt, wie leicht und gründlich Schwan-Pulver allen Schmutz löst. Und das neue Doppel-Paket ist besonders sparsam und billig. Es kostet nur 44 Pfg. Befolgen Sie den guten Rat, nehmen Sie für alle Wäsche, für alle Abseif-Arbeiten in Küche und Haus

Dr. Thompson's Schwanpulver

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfg.

Vom 26. 10. bis 6. 11. 1932
Sonder - Ausstellung
„Bastlerhilfe"
mit Schülerarbeiten-Wettbewerb
Preise im Gesamtwert v. 100 RM
Bedingungen im Schaufenster und an der Kasse. Auf Wunsch portofreie Zusendung.
Heinr. Kaufmann, Eisenhandlung
Paderborn Westernstr. 20

Anläßlich der Klein-Libori-Woche findet am Samstag, dem 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Kaiserhofes, Paderborn, Kampstraße
Zonentagung
der Hausbesitzervereine - Zone Paderborn - statt; zugleich
Versammlung des hiesigen Vereins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über Berl. Tagungen usw. Referent: C. F. Flockenhaus, Vors. des Provinzialverbandes
2. Vortrag: a) Die Notverordnung vom 4. September 1932 und der Hausbesitz
b) Die Notlage der Neuhausbesitzer
Referent: Dr. Dessin, Hagen
3. Verschiedenes, Aussprache
Hausbesitzervereine der Umgegend - Mitglieder und Neuhausbesitzer - besucht zahlreich die Tagung!
Zone Paderborn
Haus- und Grundbesitzerverein e. V., Paderborn
Schmücker, 1. Vorsitzender



ist und bleibt unübertroffen!

Gerberei und Lederhandlung
gegr. 1596 Schumacher Tel. 2270
Paderborn Heiersstraße 31
empfiehlt sich zum Gerben von Häuten u. Fellen zu Oberleder, Vachleder, Geschirrleder, Fensterleder, Pelzen unter billigster Berechnung.

Wer die Heimat liebt, der liest sein Heimatblatt

Die deutsche Hausfrau kauft nur Deutsche Waren!

Bauschule Technikum Lemgo
Älteste lipp. Bauschule f. Bauing., Arch., Techn. Meisterausb. 2 Sem. - staatl. anerk. v. L. - Lehrpl. frei

Nr. 253
Zweites Blatt

Lippspringer Anzeiger

Donnerstag, den 27. Oktober 1932

Aus dem Wahlkampf.

21 Reichswahlvorschläge zugelassen.

Der Reichswahlausschuß hat die eingereichten Reichswahlvorschläge geprüft und folgende 21 Wahlvorschläge zugelassen:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterparter (Hitler-Bewegung), 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 3. Kommunistische Partei Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Bayerische Volkspartei, 8. Deutsche Staatspartei, 9. Christlichsozialer Volksdienst (Evangel. Bewegung), 11. Deutsche Bauernpartei, 12. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund), 15. Gerechtigkeitsbewegung Meißner, 16. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur, 17. Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung), 18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, 19. Nationale Minderheiten in Deutschland, 20. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix) und Nationalsoziale Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer), 21. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft), 22. Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- u. Freikorpskämpfer), 23. Deutsche Kaiserpartei, 24. Deutsche Präsidialpartei, 25. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Die fehlenden Nummern waren vorgesehen für im Reichstag vertretene Parteien, die aber eigene Reichswahlvorschläge nicht eingereicht, sondern sich anderen Reichslisten angeschlossen haben.

Die Zulassung erfolgte grundsätzlich unter der Voraussetzung, daß mindestens ein geschlossener Wahlkreisvorschlag vorhanden ist.

Wegen verschiedener Mängel wurden zurückgewiesen die Reichswahlvorschläge: Nationale Kommunistische Partei Deutschlands, Christlich-Nationale Deutsche Arbeiterpartei und ein Vorschlag mit der Parteibezeichnung „Wie spart man Geld?"

Auch zur vorigen Reichstagswahl waren 21 Reichswahlvorschläge zugelassen worden.

Eine Brüning-Rede in Bingen.

In einer Zentrumsversammlung in Bingen erklärte Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, der innenpolitische Streit in Deutschland, hervorgerufen durch zwei Reichstagsauflösungen und durch die Gerüchte über eine Verfassungsänderung, hätte es dem deutschen Kaufmann unmöglich gemacht, seine alten Positionen im Auslande zu halten. Die Reichsregierung, die dem Parlament vorwerfe, daß es nicht unabhängig sei und in allen seinen Entschließungen auf die Gunst der Massen angewiesen wäre, sei heute mehr denn je in die Lage gedrängt, durch Reden und Maßnahmen die Gunst der Massen zu suchen. Das äußere sich nicht nur darin, daß man Versprechungen mache, die sich niemals alle halten ließen, sondern auch darin, daß man sich scheue, die Wahrheit über die Kassenlage des Reiches zu sagen. Bis heute habe das deutsche Volk noch keinen Etat gesehen und es sei die große Frage, wieviel Anleihen die Reichsregierung in der letzten Zeit schon aufgenommen habe.

Massenkundgebung der NSDAP. in Berlin.

In einer Massenkundgebung des Gaues Groß-Berlin der NSDAP. sprach Dr. Goebbels. Er kam noch einmal auf das Rededuell mit den Deutschnationalen zu sprechen. Wenn wir heute erklären, daß die Reaktion, die nicht befähigt ist, ihre Macht zu gebrauchen, 1918 sich in die Mauselöcher verkrochen hat, so meinen wir damit nicht die Frontsoldaten, die draußen im Schützengraben lagen, sondern jene politische Schicht, die in Berlin saß und jämmerlich vor Spartakus kapitulierte, die die Macht besaß, aber zu feige war, sie zu gebrauchen und die Schritt um Schritt vor der Straße zurückgewichen ist. Sie ist damit vor der Geschichte gezeichnet und kann niemals mehr dazu berufen sein, eine selbst aufgegebene Macht zurückzuerobern. In bezug auf Harzburg erklärte der Redner: Wir halten nichts von Einigkeiten, die am grünen Tisch erhandelt werden. Eine politische Einigkeit ist immer nur auf einer gemeinsam weltanschaulichen Grundlage möglich, und deren klaren Kurs zu bestimmen, kann nur die Sache des Stärksten sein. Fehlt eine solche gemeinsame Grundlage der Weltanschauung, so muß der organische Zusammenschluß über kurz oder lang zusammenbrechen.

Wir haben mit dem Zentrum verhandelt, um eine volksfremde Schicht wegzufegen, denn wir sehen diese Schicht, wenn sie die Geschicke des Volkes zu leiten hat, als das größte Unglück für die Zukunft an. Wir haben auch nicht verhandelt, um uns dem Zentrum zu beugen, es war höchstens umgekehrt. Wir haben auf nichts verzichtet und nichts eingeräumt. Wir haben nur versucht, im Reichstag eine legale Mehrheit zu bilden, um das Regiment von Papen zu stürzen. Das Volk wird es schon verstehen, daß Hitler auf Amt und Würden verzichtet hat, um dem Volk und seinem Programm treu bleiben zu können. So treu, wie Hitler am 13. August dem Volk blieb — erklärte der Redner unter stürmischem Beifall — so treu wird am 6. November das Volk auch Hitler bleiben. Wenn die Deutschnationalen rufen: „Weg mit dem Parteienstaat!", so sagen wir: Die Parteien müssen weg. Wir wollen als einzige deutsche Bewegung an ihre Stelle treten und uns nicht mit halben Maßnahmen begnügen, sondern nur durch eine Gesamtlösung einen Ausweg aus der Krise suchen. Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, und wer sich ihm entgegenstemmt, wird von ihm zermalmt werden. Es wird doch am Ende unsere Fahne über dem Reich aufstehen.

Die Mittelstandspolitik der DNVP.

In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Braunschweig sprach Reichstagsabgeordneter Jaeger-Celle über mittelständische Berufs- und Wirtschaftsfragen. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam er auch auf eine Unterredung mit Reichskanzler von Papen zu sprechen, in der dieser ausdrücklich betont habe, daß es sich bei den Zuwendungen an Konsumvereine um Unterlassungssünden des früheren Reichskanzlers Brüning und des Finanzministers dieses Kabinetts gehandelt habe. Diese Angelegenheit habe die Regierung Papen, da sie von ihren Amtsvorgängern eingeleitet worden war, durchführen müssen. Sie treffe dafür keine Verantwortung. In der gleichen Unterredung habe die DNVP. das 18 Punkte umfassende Wirtschaftsprogramm mit dem Reichskanzler durchgesprochen, das, wenn auch nicht in allen Punkten, so doch in den wesentlichsten die Zustimmung des Kanzlers gefunden habe. Aus dem Wirtschaftsprogramm seien besonders bemerkenswert die Vereinigung des mittelständischen Schulden- und Kreditproblems, die Einbeziehung der Hauszinssteuer in die Steuernotscheine und Freistellung erheblicher Teile zu Reparaturen und Umbauten, der Umbau der Umsatzsteuer, die Beseitigung der Regiebetriebe, die Wiedereinführung der Stellenvermittlung usw. Der Kanzler habe in seiner Rede vor den Berliner Handwerkern die Verwirklichung des Punktes angekündigt, der sich mit der Umsatzsteuer beschäftige, sein Versprechen also bereits mit der Tat gekrönt.

Löbe spricht in Stuttgart.

In einer Kundgebung der Eisernen Front in Stuttgart sprach Reichstagspräsident a. D. Paul Löbe. Er befaßte sich zunächst mit der Taktik und Kampfesweise der Nationalsozialisten, die heute jene Schicht bekämpften, der sie zur Macht verholfen hätten. Zur Außenpolitik meinte der Redner u. a.: Durch die falsche Behandlung der Abrüstungsfrage und durch die verhängnisvolle Kontingentierungspolitik sei heute Deutschland in die gleiche Isolierung hineingeraten, in der es sich im Jahre 1914 befunden habe. Diese Wendung der Dinge führte der Redner darauf zurück, daß bei der Behandlung dieser maßgebenden Fragen die Stimme des Volkes gefehlt habe. Löbe unterzog dann die Wirtschaftspolitik der Regierung Papen einer scharfen Kritik. Angesichts der schlimmen Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik müsse die Arbeiterschaft ihre wirtschaftlichen und sozialen Volksrechte wiederzurückerobern.

Reichsernährungsminister Braun bleibt

Der Besuch des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun beim Reichspräsidenten dürfte, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau" erfährt, sachlich in erster Linie den weiteren Auswirkungen der letzten Genossenschafts- und Osthilfemaßnahmen gegolten haben. Außerdem sei aber nach einem Vortrag über die Landwirtschaft ein Schlußstrich unter die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte über einen Wechsel im Reichsernährungsministerium gezogen worden. Es dürfte kaum ein Zweifel daran erlaubt sein, daß Freiherr von Braun weiterhin uneingeschränkt das Vertrauen des Reichspräsidenten genieße. Angesichts der klaren Feststellung der agrarpolitischen Grundsätze Brauns und der wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers, daß die Reichsregierung die einmal eingeschlagene Linie unter allen Umständen beibehalte, sei daher auch damit zu rechnen, daß eine Preisgabe von Teilen des Agrarprogramms nicht in Betracht komme.

Getreidepreisstützung durch die Reichsregierung.

Zinsverbilligung bei der Einlagerung von Getreide verlängert.

Von den Möglichkeiten zur Einlagerung von Getreide gegen Orderlagerschein, wofür bei Einlagerung bis zum 30. September 1932 reichsseitig Lagerkosten- und Zinsverbilligungszuschuß für drei Monate gewährt wird, ist in den letzten Septemberwochen in besonders großem Umfange Gebrauch gemacht worden. Um sicherzustellen, daß diese eingelagerten Mengen nach Ablauf der dreimonatigen Lagerfrist nur allmählich auf den Mark abfließen, wird die Reichsregierung eine Zinsverbilligung für eine einmalige Verlängerung des gegen Orderlagerschein erteilten Wechsels in Höhe von zwei Prozent, auf das Jahr berechnet, gewähren. Sie wird ferner einen Lagerkostenzuschuß von 1,50 Mark je Tonne für zwei Drittel der bis zum 30. September eingelagerten Menge gewähren, wenn die Einlagerung dieser Teilmenge über die erste Dreimonatsperiode hinaus um zwei Monate verlängert wird, und weiteren Zuschuß von einer Mark je Tonne für ein Drittel der bis zum 30. September eingelagerten Menge, wenn die Einlagerung dieser Teilmenge auf insgesamt sechs Monate ausgedehnt wird.

Zum Tode des „Grafen mit dem Bart"

Der jetzt verstorbene „Graf im Barte" wurde im Jahre 1845 in Glogau als der Sproß eines altschlesischen Geschlechts geboren. Er durchlief die übliche Beamtenlaufbahn, die ihn auf mehrere Landratssitze in der Provinz Posen und endlich auf den Posten des Landeshauptmanns dieser Provinz führte. 1893 wurde er als Nachfolger Maltzahns zum Staatssekretär des Reichsschatzamts ernannt vier Jahre später übernahm er als Nachfolger Böttichers das Staatssekretariat des Innern. Am 28. Juni 1907 schied er aus dem Staatsdienst aus, weil er die gegen das Zentrum gerichtete Politik des Fürsten Bülow nicht mitmachen wollte. Der Kaiser ernannte ihn dann zum Dechanten des Domstifts Naumburg a. S., womit ein Sitz im Preußischen Herrenhaus verbunden war. Schon vorher war Posadowsky in unmittelbare Fühlung mit dem parlamentarischen Leben getreten, indem er als Landrat des Posenschen Kreises Kröben ins Preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden war, wo er sich der Freikonservativen Partei anschloß. Fünf Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst, im Jahre 1912, wurde er er im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück gewählt, als gemeinsamer Kandidat des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen gegen Severing, und zwar in der Stichwahl. Es kämpften für ihn auf Zentrumsseite mit besonderem Geschick der Sanitätsrat Dr. Krukemeyer-Rietberg und Landtagsabgeordneter Landrat v. Savigny-Büren. Posadowsky sprach in Wiedenbrück, Gütersloh und Bielefeld. In die Deutsche Nationalversammlung in Weimar zog er als Vertreter der Rechten ein.

Posadowskys Name ist mit der deutschen Sozialpolitik um die Jahrhundertwende aufs engste verknüpft. Zwar fällt seine Amtszeit in einer Periode, in der die grundlegenden Arbeiten der edutschen Sozialpolitik, namentlich die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze, bereits abgeschlossen waren, so daß ihm keine Gelegenheit mehr blieb, neuschöpferisch hervorzutreten. Aber als ein Mann mit umfassender geschichtlicher und sozialer Bildung, der das Verwaltungstechnische seines Amts spielend beherrschte, als ausgesprochener Ethiker und im Besitz eines guten politischen Instinkts trat er mit großem Erfolg für den Ausbau der vorhandenen Gesetze ein. Der Grundgedanke seiner Arbeit, nämlich die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Sozialversicherung, wurde zwar erst drei Jahre nach seinem Abgang in der Reichsversicherungsordnung verwirklicht. Aber der Anstoß zu diesem grundlegenden Werk muß dem Grafen Posadowsky gutgeschrieben werden. Im übrigen war Posadowsky weit davon entfernt, die sozialpolitische und allgemeine staatliche Entwicklung in ein allzu stürmisches Zeitmaß drängen zu wollen. Die Bedächtigkeit, die überlegte Ruhe, die schon in seinem Aeußeren und in seinem Auftreten als Redner immer wieder zum Ausdruck kamen, waren auch für seine praktische Politik maßgebend.

Allerdings ist im Laufe seiner Amtstätigkeit als Staatssekretär des Innern eine gewisse Entwicklung unverkennbar. Der Staatsmann, der noch im Jahre 1899 im Reichstag erklärte, Staat und besitzende Klassen zusammen müßten den Kampf mit der Sozialdemokratie führen, der sich für die sogenannte Zuchthausvorlage einsetzte unterscheidet sich recht erheblich von dem Posadowsky des Jahres 1905, der sich über mangelndes Verständnis und mangelnde Opferfreudigkeit bei den besitzenden Klassen beklagte und den Satz aussprach: „Man kann die Sozialdemokratie nicht mit Gesetzen oder großen Worten überwinden, sondern nur, wenn man in sich geht und selbst den materialistischen Standpunkt verläßt." Prinzipienreitereien und Doktrinarismus lagen ihm völlig fern; vielmehr warfen ihm seine Gegner, die man sowohl auf der Linken wie auf der Rechten zu suchen hatte, oftmals Neigung zu opportunistischer Politik und eine allzu leichte Anpassungsfähigkeit an die jeweils gegebenen politischen Verhältnisse vor. Indessen wird dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben. In irgend ein Parteischema allerdings paßte der „Graf im Barte" nicht hinein; das zeigte sich namentlich auch in der Zeit seiner Parlamentstätigkeit nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs. Stets bemüht, positive Politik zu treiben und für den Wiederaufbau des Landes alle verfügbaren Kräfte bereitzustellen, geriet Posadowsky mit der Parteipolitik der Deutschnationalen in Widerstreit. Er hat stets sein reiches Wissen und seine hervorragenden Fähigkeiten in den Dienst des Landes gestellt. Als warmherziger Befürworter einer zeitgemäßen Wohnungsreform und als Förderer aller Bestrebungen, die das Wohl der vom Schicksal weniger begünstigten Volksklassen zu verbessern geneigt waren — auf diesen achtbaren Beweggrund ging wohl auch sein Eintreten für die praktisch unerfüllbaren Aufwertungsansprüche zurück —, genoß er in allen Partei- und Volkskreisen die höchste Achtung, so daß das Andenken an den großen Staatsmann und Sozialpolitiker nicht verlöschen wird.

*

Das Beileid zum Tode des Grafen Posadowsky

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat an den Sohn des verstorbenen Staatssekretärs im früheren Reichsamt des Innern, Grafen von Posadowsky-Wehner ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidsschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt, das Reichsministerium des Innern habe seines alten Chefs und dessen in den Tafeln der deutschen Geschichte eingetragenen Wirkens zum Wohle unseres Vaterlandes, insbesondere auf sozialem Gebiet, niemals vergessen. Es werde ihm auch weiter stets das ehrendste Andenken bewahren als dann an einen vorbildlichen Leiter und Beamten, der noch im hohen Alter dem Grundsatz seiner Jugend getreu in Krieg und Frieden alle seine Kräfte für das Gemeinwohl einsetzte und bis zu seinem Lebensende Deutschlands Zukunft im Herzen trug. Im Namen des dienstlich abwesenden Reichsarbeitsministers hat ferner der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Grieser, ein Beileidsscheiben an den Sohn des Gafen gesandt.

Vor einer neuen Diskontsenkung?

Weiterhin geringe Inanspruchnahme der Reichsbank.

Auch in der dritten Oktoberwoche hat die Entlastung der Reichsbank weitere Fortschritte gemacht, so daß jetzt auf der Seite der Kapitalanlage wieder Ziffern erscheinen, die dem Zeitpunkt vor Beginn der Bankenkrise entsprechen. Der Notenumlauf schrumpfte um 105 auf 3414 Millionen ein, eine niedrige Ziffer, wie sie seit Mitte 1927 nicht mehr erreicht worden ist. Auch die günstige Entwicklung in der Notendeckung hält an. Der Goldbestand hat sich kaum verändert, dagegen stieg der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 2 Millionen.

Das Deckungsverhältnis besserte sich von 26,5 auf 27,4 Prozent, und ist damit das höchste, das im laufenden Jahre erreicht worden ist. Angesichts dieser Entwicklung erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Reichsbank demnächst der Frage einer erneuten Diskontsenkung nähertritt.

...rzeuger blieb es vor... Konstruktion zu er... wurden die verschie... Fahrzeuggaserzeuger ...französischen Imbert ...nz nunmehr auch in ...lzvergaser der Deut... ...ig ein Holzgaserzeu... G. in Köln, die sich ...nit Gaserzeugern erst ...Versuchen zum Bau ... haben. Die auf dem ...en bestehen aus dem ...ahlblech ausgeführten ...der Karosserie einge... im oberen Teil den ...etriebsdauer enthält, ...t Prallflächen), die ...nigung und Kühlung ... der Anlage beträgt ... lufttrockenes Abfall... eignet sich Hartholz ...von 8—12 Zentime... Kg. Holz anstatt 1 ...90proz. Ersparnis an ... für sich bestehende ... durch Erhöhung der ...adevorrichtung, Früh... ...en Brennstoffen aus... ...ahrzeug Gaserzeuger ...(Holz) auf flüssigen ...gangen werden, wo... ...ährleistet wird. Für ...gaser noch nicht ge... ...z. B. von Humboldt ...hochtourige Nutzfahr... ...gebaut.

...ichten

...Bade, geb. Bernards, ...eister Chri. Driller, — Gemeindevorsteher ...hre, Nieheim.

...Anzeiger und Ver... ...eschäfts- und Schrift... ...in Paderborn.

...ellschaft, Köln ...11,15 Uhr, spricht ...ernstraße, ...terarischen Ab... ...eichs-Rund... ...lschaft, Berlin ...g von Raum ...Velle. „Unsichtbare ...t dem Lande" Eintritt frei!

...t ist gut!



...uemste und billigste Weise ...sche für Wäsche und Haus ...e Dr. Thompson's Schwan... ...ber 50 Jahren bekannten ..., wie leicht und gründ... ...Schmutz löst. Und ...t besonders sparsam ... 44 Pfg. Befolgen ...ie für alle Wäsche, ...Küche und Haus ...son's ...lver

...ische Seifix, Paket 14 Pfg.

...ist und bleibt ...unübertroffen!

Hindenburgs Gruß an das Handwerk.

Die Obermeistertagung des Berliner und Märkischen Handwerks, auf der der Kanzler seine große Rede hielt, war außerordentlich stark besucht. Aus allen Teilen des Reiches waren die Obermeister erschienen. Der Reichskanzler wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt. Die Versammlung eröffnete der Präsident der Berliner Handwerkskammer, Ludwig, mit einer kurzen Ansprache, in der er den Kanzler herzlich willkommen hieß und mitteilte, daß die Versammlungsleitung ein Begrüßungstelegramm an den Reichspräsidenten gesandt habe. Der Reichspräsident habe in seiner Eigenschaft als Ehrenmeister des deutschen Handwerks ein Antworttelegramm gesandt, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß es der gemeinsamen Arbeit von Reichsregierung und Handwerk gelingen werde, die Nöte zu lindern, unter denen das deutsche Handwerk leide. Der Vorsitzende des Innungsausschusses der Vereinigten Innungen in Berlin, Obermeister Lohmann, umriß die bekannte Forderung des Handwerks, wobei er u. a. eine Neuordnung der gesamten sozialen Versicherung forderte und sich gegen die hohe Belastung des Handwerks durch Gewerbe-, Umsatz- und Schlachtsteuer wandte. Er schloß mit der Erwartung, daß die langersehnte starke und zielbewußte Reichsregierung, der das Handwerk mit felsenfestem Vertrauen gegenüberstehe, das in der Verfassung verbriefte Versprechen auf Schutz des Mittelstandes erfüllen werde.

Wirtschaftspartei unterstützt Reichsregierung.

In einer Verlautbarung des Vorstandes der Wirtschaftspartei, der in Berlin eine Sitzung abhielt, heißt es: Die Regierung von Papen habe den Weg eingeschlagen, der die Möglichkeit zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes biete. Solange die Reichsregierung diesen Weg verfolge, werde die Wirtschaftspartei das Kabinett von Papen unterstützen. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie endlich in Erfüllung gegebener Zusagen den Artikel 164 der Reichsverfassung (Schutz des Mittelstandes) zur vollen Auswirkung bringe.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat unter dem 21. Oktober das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung berufen, dessen Präsident bekanntlich General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpnagel ist. Im Reichskuratorium sind u. a. folgende Persönlichkeiten vertreten: Rittmeister a. D. von Morocowicz (Stahlhelm), Oberleutnant a. D. Krüger (SA. der NSDAP.), Rittmeister a. D. Barthels (Kyffhäuserverband), Major a. D. Boeß (Reichsjugendlandbund), Vizeadmiral a. D. Rösing (Bund deutscher Marinevereine), Vizeadmiral a. D von Trotha (Deutscher Hochseesportverband), Ernst Mundt (DHV.), D. Stange (Evangelische Jugendverbände), Generalpräses Wollker (Katholische Jugendverbände), Generalsekretär Dr. Diem (Turn- und Sportverbände), Reichskommissar Dr. Syrup (Freiwilliger Arbeitsdienst); ferner folgende Persönlichkeiten: Reichsminister a. D. Dr. Geßler, Reichsminister a. D. Dr. Haslinde, Staatssekretär a. D. Lewald, die Generalmajore Herrgott und Vogt und Professor Dr. Sauerbruch.

Das neue Reichskuratorium wird sich am Donnerstag zur ersten Sitzung im Reichsinnenministerium versammeln. Es ist vorgesehen, daß der Reichsinnenminister eine Begrüßungsansprache hält. Dann soll Oberregierungsrat Erbe einen Vortrag halten. Ferner ist die Besichtigung eines Geländesportlehrganges in Döberitz und eine Arbeitssitzung vorgesehen, auf der der Präsident des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, General a. D. von Stülpnagel, sprechen wird.

Arbeitsbeschaffung am Mittellandkanal.

Beginn der Mehrarbeiten des Regierungsprogramms.

Auch am Mittellandkanal werden nunmehr die durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten finanzierten Mehrarbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung begonnen. Der Auftrag zum Baubeginn ist vom Reichsverkehrsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister erteilt worden, nachdem die erforderliche Verständigung mit Preußen über die preußische Verpflichtung zur Beteiligung an einem Drittel der Baukosten des Mittellandkanals erzielt werden konnte.

Die soziale Aufgabe der Kirche.

Erste Hauptversammlung des Stuttgarter Kongresses.

Geheimrat Seeberg-Berlin eröffnete in der Stuttgarter Liederhalle die erste Hauptversammlung des Kirchlich-Sozialen Kongresses. In seiner Einführungsansprache zeichnete er ein erschütterndes Bild der Not des deutschen Volkes. An dieser Not müsse die Kirche ihre Kraft erproben. Darauf ergriff Privatdozent Dr. theol. Heinz Dietrich Wendland-Heidelberg das Wort zu einem Vortrag über „Der soziale Gehalt der reformatorischen Verkündigung". Die reformatorische Soziallehre, so führte der Redner aus, sei grundsätzlich in der gottgewollten Du-Beziehung begründet, in dem menschlichen Sein als eines Seins der Gemeinschaft, deren Sinn die Liebe ist. In diesen Zusammenhängen erschließe sich auch der Sinn der Kirche als Gemeinde und Gemeinschaft. Als solche habe sie eine verantwortungsvolle Aufgabe in der sozialen Krisis der Gegenwart. Ein eigentliches Sozialprogramm kenne die reformatorische Verkündigung nicht, aber sie gestatte auch nicht eine Flucht vor der jeweiligen sozialen Gestaltungsaufgabe. Für die gegenwärtige Lage bedeute der soziale Gehalt der reformatorischen Verkündigung vor allem die Schaffung eines wirtschaftlichen Bodens jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und die Bereitung einer Grundlage für den Kampf um eine neue berufsständische Ordnung. Denn der Protestantismus sei dazu berufen, das höchste Gut, die Gemeinde, neu zu schaffen.

Kurze politische Nachrichten.

Ein Berliner Blatt hat behauptet, im Reichsarbeitsministerium sei beabsichtigt, den Paragraph 84 des Betriebsrätegesetzes, der das Einspruchsrecht des Betriebsrats regelt, aufzuheben. An zuständiger Stelle ist von einer derartigen Absicht nichts bekannt. Auch eine Änderung des Betriebsrätegesetzes sei nicht beabsichtigt.

*

Die Geldsammlungen politischer Parteien auf der Straße sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht genehmigungspflichtig. Nach der Bundesratsverordnung aus dem Jahre 1917 sind lediglich Wohlfahrtssammlungen, also Sammlungen für ausgesprochen wohltätige Zwecke genehmigungspflichtig.

Wieder polnische Flugzeuge über Schneidemühl.

Zwei polnische Flugzeuge überflogen die deutsche Grenze in der Nähe von Uschhauland im Netze-Kreis und wendeten sich dann nach Schneidemühl. Die beiden Flugzeuge zogen in beträchtlicher Höhe eine Schleife über Schneidemühl, insbesondere über dem Bahnhof, und flogen darauf rasch nach dem Kreis Flatow. Bei Schönfeld verließen sie das deutsche Gebiet. Vom Standortkommando wurden die polnischen Hoheitsabzeichen an den beiden Doppeldeckern einwandfrei festgestellt. Es dürfte mit Sicherheit feststehen, daß es sich um zwei polnische Militärflugzeuge handelt, die widerrechtlich die Grenze überflogen haben.

Der Freiherr vom Stein.

Zur 175. Wiederkehr seines Geburtstages.

Als sich im vorigen Jahre der Todestag des Freiherrn vom Stein zum hundertsten Male jährte, feierte ganz Deutschland, vor allem aber das Land Preußen, den großen Staatsmann in würdigen Gedenkfeiern. Jetzt, anläßlich der 175. Wiederkehr seines Geburtstages, der auf den 26. Oktober fällt, soll die hohe Bedeutung, die Heinrich vom Stein für Preußen in dessen schlimmster Zeit hatte, kurz ins Gedächtnis zurückgerufen werden.

Stein, der aus Nassau an der Lahn stammte, wurde nach den napoleonischen Siegen im ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, die den Zusammenbruch Preußens zur Folge hatten, an die Spitze des Staates berufen, nachdem er schon einmal um seiner eifrigen Reformtätigkeit willen in Ungnade gefallen war. Er war es, der in den Jahren 1807 und 1808 den Grund zum Neubau des zerrütteten Preußischen Staates legte. In einer ständischen Gliederung des Volkes versuchte er die Idee des National- und Einheitsstaates, in dem jeder einzelne nach seinem Können zur Geltung kommen sollte, zu verwirklichen. Ihm war die Befreiung des Landvolkes von der Hörigkeit, die Selbstverwaltung der Städte, die Umgestaltung der obersten Behörden zu verdanken. Auf Anweisung Napoleons, der in ihm den größten und gefährlichsten seiner Gegner erkannte, mußte er schließlich Preußen verlassen. Aber er blieb auch in der Verbannung rege und bereitete im Dienste Rußlands die Befreiung Europas aus der napoleonischen Knechtschaft vor. Er war einer der ersten unter den Männern, die dann im Jahre 1813 dem Willen des Volkes zur Erhebung Ausdruck gaben und den schwankenden König von Preußen zum Handeln nötigten. Gerade in unserer Zeit mit ihrer Sehnsucht nach völliger Befreiung von dem uns auferlegten Joche muß auf Steins Persönlichkeit immer wieder hingewiesen werden.

Grausiger Fund im Brunnen.

Die Leiche der eigenen Schwiegertochter entdeckt.

Ein grausiger Fund wurde in Stendal in der Altmark gemacht. Ein Gartenbesitzer wollte seinen Brunnen ausbessern lassen und fand dabei die Leiche einer Frau, die seit mehreren Monaten im Wasser gelegen haben muß. Es handelt sich um seine Schwiegertochter, die schon seit langer Zeit vermißt wurde. Es liegt offenbar Mord vor. Als Täter kommt der Ehemann der Frau, der Maurer Karl Jallas aus Stendal, in Frage, der flüchtig ist.

Liebestragödie

Selbstmord eines Studenten und seiner Geliebten.

In der Nacht zum Dienstag trug sich in einem Hause der Wolfenbütteler Straße eine Liebestragödie zu. Der Sohn eines Oberingenieurs, der an der Technischen Hochschule studiert und kurz vor dem Examen stand, nahm gemeinsam mit seiner Geliebten Gift, und beide sind in der Nacht gestorben. Die Leichen wurden von der Mutter des Weiblich aufgefunden, als sie heute früh ihren Sohn wecken wollte.

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man MAGGIS Fleischbrüh-Würfel



Roman von Felix Neumann.

85] (Nachdruck verboten.)

Ein Weltüberdruß, wie sie ihn noch nie kannte, stieg in ihr empor.

Dies ganze Treiben ekelte sie an. Nur fort!

Müde sagte sie: „Warum hörst du auf diese erbärmliche Verleumdung?"

Da fuhr er heftig auf: „Wenn — sie — mich ruiniert?"

Sie blickte zu ihm empor: „Wäre doch dieser Reuth nie geboren! Manches wäre uns erspart geblieben!"

Da lachte er bitter: „Weiberlogik! Man muß mit dem Gegebenen rechnen, ganz gleichgültig, ob es uns gefällt oder nicht!"

Von der Straße tönte durch den Abendfrieden das kurze Bellen eines Autos.

Dann war wieder alles still.

Gleich darauf schallte die Klingel durch den Vorraum und schickte ihr helles Zirpen bis in den Salon, wo Jutta nervös aufhorchte.

„Nur — jetzt keinen Besuch! Es ist die höchste Zeit, daß ich mich anziehe. Begleitest du mich zur Bahn?"

Biblis murmelte: „Natürlich! Aber warum im Kraftwagen bis zum Zentralbahnhof? Wollen wir nicht lieber das Flugzeug der Zossener Linie nehmen, wir sparen viel Zeit."

Sie nickte.

„Allerdings! Aber es ist immer stark besetzt. Mich gelüstet wahrlich nicht nach dem Luftomnibus und seinem zweifelhaften Publikum. Und zum Bestellen einer Eigenmaschine ist es zu spät."

„Wie du willst! So haben wir im Wagen Gelegenheit, noch weiter ungestört uns auszusprechen — — —!"

Die Tür wurde geöffnet, eines der Mädchen erschien verlegen im Rahmen.

„Gnädiges Fräulein, zwei Herren sind da — — —! Sie ließen sich nicht abweisen."

Biblis' und Juttas Blicke trafen sich.

Dann sagte der Geheimrat, als wolle er damit alle weiteren Erörterungen vor dem Dienstpersonal ausschalten: „Das gnädige Fräulein läßt bitten!"

Und als diese merkwürdigen Gäste, die sich selbst einluden, die Schwelle überschritten, wußte Biblis Bescheid.

Der ältere der Herren, der Kriminalkommissar Rodewald, war ihm bekannt.

Er war es, der damals den verräterischen Seidenfaden entdeckte.

Die Beamten verneigten sich sehr höflich. Rodewald legitimierte sich und seinen Begleiter.

„Wir bitten um Verzeihung, gnädiges Fräulein, aber man machte uns die Mitteilung, daß Sie im Begriff seien, eine Reise ins Ausland anzutreten."

Juttas Antlitz war fahl geworden.

Mit ihren großen, sprechenden Augen blickte sie wie erstarrt die Männer an, die es wagten, den Frieden ihres Hauses zu stören.

Sie, die verhätschelte, vergötterte, die beneidete und — auch gehaßte Frau ahnte, daß sich etwas Furchtbares vorbereite. Daß die Kralle des Gesetzgebers nach ihr fasse und sie einem Moloch auslieferte, der weder vor ihrer Kunst noch vor ihrer Schönheit haltmachte.

Mit leiser Stimme sprach sie: „Allerdings! Ich will einen Erholungsurlaub antreten, der mir vom Arzt dringend geraten wurde."

Der Kommissar kniff die Lippen zusammen und verneigte sich abermals.

„Um so mehr bedauern wir, wenn sich die Abreise verzögern sollte. Es liegen Verdachtsmomente vor, daß Sie, gnädiges Fräulein, an der Vernichtung des Apparates des Ingenieurs Reuth nicht ganz unbeteiligt sind."

Als Fräulein Vermehren auffahren wollte, hob der Kommissar beschwichtigend die Hand: „Nur Verdachtsmomente, gnädiges Fräulein! Aber diese sind so zwingender Natur, daß wir den Auftrag haben, Sie zu einer eingehenden Vernehmung ins Polizeipräsidium zu führen!"

Nun griff Biblis ein.

„Gestatten Sie, daß ich Fräulein Vermehren begleite?"

Der Kommissar nickte: „Dem steht nichts im Wege! Im Gegenteil, es kann sich die Notwendigkeit ergeben, auch Sie, Herr Geheimrat, in dieser Sache zu hören!"

Rodewald zog die Uhr: „Auf dem Flugplatz Mahlow steht die Maschine des Polizeipräsidiums. Wir bringen Sie mit dem Auto dorthin. Darf ich Sie bitten, sich fertig zu machen? Unsere Zeit ist knapp."

Hilfesuchend blickte sich Jutta um.

„Mein Gott, alle meine Koffer sind zur Bahn geschafft. Was wird denn aus Agathe, wenn ich nicht komme?"

Biblis sagte: „Sorge dich nicht! Während du dich anziehst, werde ich eines der Mädchen beauftragen, daß das Gepäck nicht befördert wird und die Zofe zurückkehrt."

„Aber — ist es denn nicht möglich, daß ich den nächsten Zug nehme?"

Der Kommissar wiegte das Haupt: „Das läßt sich in diesem Augenblick nicht sagen. Ich fürchte, daß sich die Sache nicht glatt abwickelt. Das beste ist, die Reise bis auf unbestimmte Zeit zu verschieben!"

Zehn Minuten später nahm das Auto mit den vier Personen seinen Weg zum Flugzeug, wo die Maschine startbereit lag.

Zwei Stunden darauf standen die Menschen in Massen auf den verschiedenen Plätzen Berlins und starrten zu der Laufschrift des Allgemeinen Tageblatts hinauf, die in wechselnden Farbtönen verkündete: „In der Angelegenheit Reuth wurde soeben die Sängerin Jutta Vermehren in ihrer Wohnung in Mahlow verhaftet und in das Polizeipräsidium eingeliefert. Ebenso Geheimrat Biblis vom Bühnentrust! — Die Vernehmung durch den Untersuchungsrichter findet noch in der Nacht statt."

Wie kam es, daß diese Meldung, die den wirklichen Tatsachen durchaus nicht entsprach, wie ein Lauffeuer durch ganz Berlin ging?

Man hatte die Genannten im Polizeipräsidium in Begleitung der Kriminalbeamten gesehen, und schon wuchs, genährt durch eifrige Reporter, die Nachricht empor, die frisch in die Zeitungsredaktionen getragen wurde.

Nach allem, was vorausging, nach den Verdächtigungen, die von Mund zu Mund liefen, brauchte man auch keinen Zweifel zu hegen.

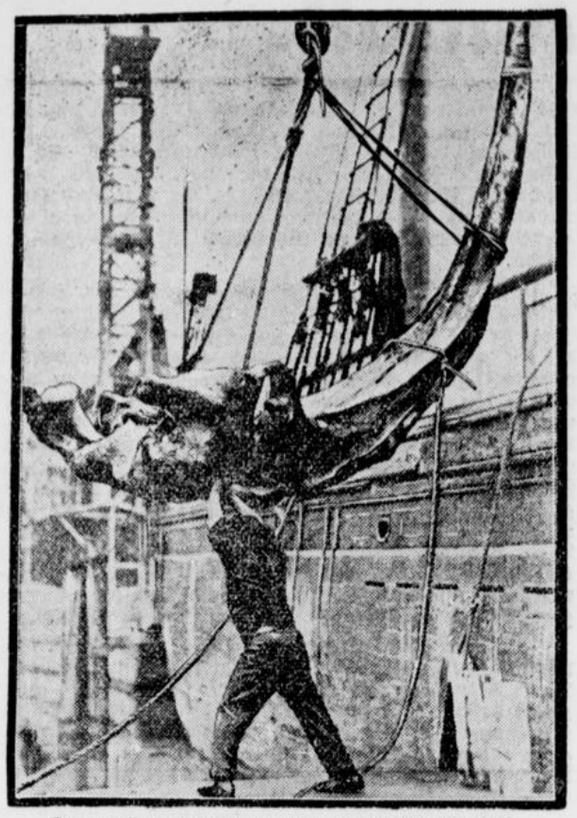
Biblis und die Vermehren vor dem Untersuchungsrichter!

Nun sah man plötzlich klar und wußte, wo die wirklich Schuldigen zu suchen waren.

Und während überall die Köpfe zusammengesteckt wurden und man die prompte Arbeit der hauptstädtischen Polizei lobte und mit einer gewissen Genugtuung anerkannte, saß daheim Herr von Huhn mit einigen Freunden zusammen.

Die wünschten dem Bankier Glück, denn daß sich Biblis von diesem Schlage niemals erholen werde, stand fest. Huhn konnte sich schon jetzt als Sieger betrachten.

(Fortsetzung folgt.)



Der riesige Schädelknochen eines Walfisches,
der dem Smithsonian-Institut in Seattle als Geschenk von einer Schonerfahrt mitgebracht wurde. Die Schädelknochen sind sieben Meter lang. Der dazugehörige Walfisch wurde bei Point Barrow von Eingeborenen getötet.

Ungetreuer Buchhalter.

Bei der Universitäts-Zahnklinik in Bonn ist man erheblichen Veruntreuungen des Buchhalters der Klinik, Canisius aus Unkelbach, auf die Spur gekommen. Die Untersuchung ergab, daß ein Betrag von 17 000 bis 18 000 Mark veruntreut worden ist. Der ungetreue Buchhalter wurde verhaftet.

Vermischtes

⊙ **Zusammenstoß zwischen einem Benzinauto und einem Güterzug.** In Arpajon in Frankreich stieß ein Lastauto, das Benzin geladen hatte, mit einem Güterzug zusammen. Eine furchtbare Explosion war die Folge. Das brennende Benzin ergoß sich nicht nur auf die Eisenbahnwagen, sondern auch auf zwei in der Nähe liegende Wohnhäuser. Als die Feuerwehr eintraf, standen die beiden Häuser sowie mehrere Wagen des Güterzuges in hellen Flammen. Das eine der beiden Häuser brannte bis auf die Grundmauern nieder. Aus den Trümmern des bis auf die Eisenteile völlig verbrannten Lastkraftwagens wurde die Leiche des Führers geborgen.

○ **Schwerer Unfall im Emsland.** Auf der Landstraße Lingen—Bawinkel wurde ein Arbeitsfreiwilliger, der sich mit seinem Fahrrade auf dem Heimwege befand, von einem dänischen Auto erfaßt und gegen die Windschutzscheibe geschleudert. Er war sofort tot. Das Auto flog gegen einen Baum und wurde völlig auseinandergerissen. Der Führer, ein dänischer Geistlicher, wurde leicht verletzt, sein Mitfahrer lebensgefährlich.

⊙ **Bertrams Bordwart Klaußmann geisteskrank?** Der Flieger Klaußmann, der vor einigen Monaten mit dem Flieger Bertram, dessen Bordwart er war, vor dem Verdurstungstode im australischen Busch gerettet wurde, soll, wie aus Australien gemeldet wird, geisteskrank sein. Er soll meist dumpf vor sich hinbrüten, aber sobald von Bertram die Rede ist, in eine unerklärliche Wut geraten.

☽ **Flammentod einer Greisin.** In Berlin-Wilmersdorf kam bei einem Wohnungsbrande die 74jährige Wohnungsinhaberin in den Flammen um. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann schwer verletzt. Die alte Dame, die die Wohnung allein bewohnte, hatte seit längerer Zeit krank zu Bett gelegen und sollte jetzt in ein Krankenhaus gebracht werden.

⊙ **Schießerei in einem Zuchthaus.** Im Czernowitzer Strafgefängnis kam es zu einer blutigen Revolte. Die Sträflinge hatten sich auf bisher unbekannte Weise Hußwaffen zu verschaffen gewußt. Drei Gendarmen und vier Sträflinge wurden getötet; fünf Gendarmen und eine große Anzahl von Häftlingen sind schwer verletzt worden.

Schadensersatzklage

gegen die Direktoren von Kreuger und Toll angestrengt.

Gegen sämtliche Direktionsmitglieder der in Konkurs befindlichen A. B. Kreuger und Toll ist am Dienstag die Schadensersatzklage angestrengt worden. Auch die ausländischen Direktionsmitglieder sind davon betroffen. Die Klageschrift ist von der Konkursverwaltung unterzeichnet. Die Verhandlung findet am 25. April 1933 statt. Gleichzeitig ist Klage gegen die Revisoren von Kreuger und Toll erhoben worden.

Das Urteil im Kellinghusener Landfriedensbruchprozeß.

Vor dem Kieler Sondergericht haben jetzt die Vorgänge in Kellinghusen vom 11. September d. J. ihren gerichtlichen Abschluß gefunden. Damals sollte vor dem Kellinghusener Amtsgericht eine Zwangsversteigerung eines Bauernhofes in Wrist stattfinden. Etwa 1000 Landleute und landwirtschaftliche Arbeiter hatten sich eingefunden, um gegen die Zwangsversteigerung zu demonstrieren. Es wurde auch ein über eineinhalb Meter hoher Galgen mitgeführt. Als Polizei und Landjägerbeamte eingriffen und die Ansammlungen auflösen wollten, wurden zwei Beamte niedergeschlagen und ein dritter durch Steinwürfe verletzt. Von der Anklage, die auf Landfriedensbruch, Widerstand usw. lautete, wurden jetzt fünf Landleute freigesprochen. Der Angeklagte Wilhelm Sievers wurde zu einem Jahre Zuchthaus, der Angeklagte Otto Niedorf zu acht Monaten und der Angeklagte Karl Krahl zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Spiel und Sport

England stellt sich auf das Metermaß um. Die Jahresversammlung des englischen Frauenleichtathletikverbandes beschloß, im nächsten Jahre probeweise Meisterschaften über 100, 200, 400 und 800 Meter statt Yard auszuschreiben. Das Meilengehen wird in ein Gehen über 1600 Meter umgewandelt. Als Grund dieser für England aufsehenerregenden Änderung wird die Tatsache angegeben, daß Yardstrecken für Weltrekorde keine Gültigkeit haben.

Pistulla wurde auf Grund seiner Hamburger Niederlage durch Stich die Boxlizenz bis zum 17. November entzogen. Ob er dann wieder boxen darf, soll der Arzt entscheiden. Aus dem gleichen Grunde wurde dem Leipziger Gebstedt ein vorläufiges Startverbot auferlegt.

Eine neue Kulturstätte in Südostdeutschland

Eröffnung des Oberschlesischen Landesmuseums.

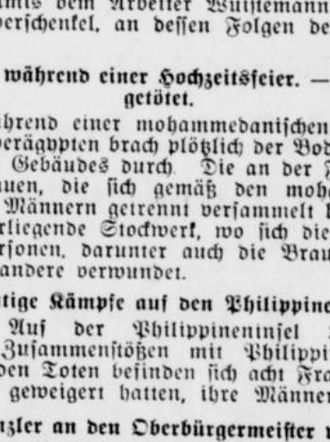
Als neue Kulturstätte im Südosten des Reiches wurde das Beuthener Museum, das den Namen „Oberschlesisches Landesmuseum" trägt, eingeweiht und in Anwesenheit des Oberpräsidenten von Oberschlesien und von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden und wissenschaftlicher Institute seiner Bestimmung übergeben. Oberpräsident Lukaschek überbrachte die Glückwünsche des Reichsinnenministers und der preußischen Staatsregierung. In seiner Rede betonte er, daß das neue Museum von größter Bedeutung für ganz Oberschlesien und darüber hinaus für ganz Schlesien und das deutschen Osten sei.

Welt und Wissen

w. **Der Liederkomponist Robert Franz.** Vor 40 Jahren, am 24. Oktober 1892, starb in seiner Vaterstadt Halle a. d. Saale der Liederkomponist Robert Franz, der ursprünglich Robert Franz Knauth hieß. Franz kann als Komponist guter Lieder, von denen viele den Charakter des Volkstümlichen tragen, neben Meistern des Liedes wie Schubert und Schumann bestehen. 1853 verfiel der Komponist, wie einst Beethoven, völliger Taubheit, so daß er sich gezwungen sah, auf jede öffentliche Tätigkeit — er war bis dahin Organist und Universitätsmusikdirektor in Halle — zu verzichten.

w. **Deutsches Theater in Metz.** Ende November wird in Metz zum erstenmal seit Beendigung des Weltkrieges wieder deutsches Theater gespielt werden: das Stadttheater Freiburg in Baden wird mit Schillers „Don Carlos" ein Gastspiel geben, dem im Laufe des Winters noch drei weitere Gastspiele folgen dürften. Bisher war in der zur Hälfte deutschsprachigen Stadt Metz nur französisches Theater zugelassen. Bei den jüngsten Ersatzwahlen zum Französischen Senat hatten aber alle Kandidaten mit Rücksicht auf die deutschen Wähler in Lothringen Zusagen hinsichtlich der Gleichberechtigung der deutschen Sprache machen müssen.

w. **Krebsdiagnose durch Impfung.** Dem Münchener Forscher Dr. Aman ist es gelungen, aus Krebsgeschwülsten ein Kleinlebewesen, das als Erreger der Krebsneubildung angesehen wird, in Reinkultur herzustellen. Aus diesen Kleinlebewesen wird ein Impfstoff zu diagnostischen Zwecken hergestellt. Mit dem Impfstoff wird eine — wie es heißt — ganz unschädliche Impfung vorgenommen, die an der Einspritzungsstelle schon nach 24 Stunden eine stark gerötete Verdickung erkennen läßt, falls irgendwo im Körper bösartiges Geschwulstgewebe vorhanden ist. Bei gesunden Menschen bleibt jede Reaktion aus. Durch diese Impfung wird also nur erkannt, ob Krebs vorhanden ist; ein Mittel gegen den Krebs ist sie nicht.



Zum Gedenken an Niccolo Paganini,
den „Teufelsgeiger", der vor 150 Jahren — am 27. Oktober 1782 — in Genua geboren wurde. Durch seine hervorragende Technik feierte er bei seinen Konzertreisen durch Europa wahre Triumphzüge, wie sie kaum je ein Künstler erlebt hat.

Kleine telegraphische Meldungen.

23 Reichswahlvorschläge.

Berlin. Am Sonntag, den 23. Oktober, dem letzten Tage für die Einreichung der Wahlvorschläge, waren 23 Reichswahlvorschläge beim Reichswahlleiter eingegangen. Am Dienstagvormittag wird vom Reichswahlausschuß über ihre Zulassung entschieden werden.

Im Streit erstochen.

Harburg-Wilhelmsburg. Vor einem Lokal in der Wilstorfer Straße kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Gästen, die in Tätlichkeiten ausartete. Dabei versetzte der Arbeiter Almis dem Arbeiter Wuistemann einen Messerstich in den Oberschenkel, an dessen Folgen der Verletzte gestorben ist.

Deckeneinsturz während einer Hochzeitsfeier. — 14 Personen getötet.

Kairo. Während einer mohammedanischen Hochzeitsfeier bei Girga in Oberägypten brach plötzlich der Boden des zweiten Stockwerkes des Gebäudes durch. Die an der Festlichkeit teilnehmenden Frauen, die sich gemäß den mohammedanischen Sitten von den Männern getrennt versammelt hatten, stürzten in das darunterliegende Stockwerk, wo sich die Männer aufhielten. 14 Personen, darunter auch die Braut, wurden getötet und viele andere verwundet.

Blutige Kämpfe auf den Philippinen.

Newyork. Auf der Philippineninsel Jolo wurden 32 Moros bei Zusammenstößen mit Philippino-Gendarmen getötet. Unter den Toten befinden sich acht Frauen und sechs Kinder, die sich geweigert hatten, ihre Männer zu verlassen.

Der Reichskanzler an den Oberbürgermeister von Beuthen.

Berlin. Der Reichskanzler übersandte dem Oberbürgermeister von Beuthen anläßlich der Einweihung des Oberschlesischen Landesmuseums seine besten Grüße und Wünsche.

Erstes Zusammentreten des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung.

Berlin. Am 27. Oktober wird das neue Reichskuratorium für Jugendertüchtigung zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Achtzehnjähriger wegen Totschlagversuchs verurteilt.

Düsseldorf. Das Düsseldorfer Sondergericht verurteilte den 18jährigen Versicherungslehrling Peter Schildmeyer wegen schweren Raubes in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Schildmeyer, der das Gymnasium bis zur Obersekundareife besucht hat, hatte am 9. September d. J. einen Geldbriefträger niedergeschlagen und um 1130 Mark beraubt.

Malypetr bildet die neue Prager Regierung.

Prag. Präsident Masaryk hat nach der Genehmigung des Rücktrittgesuchs der Regierung Udrzal nunmehr den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Malypetr, amtlich mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Sieg der Paraguayaner im Gran Chaco.

Buenos Aires. Die Truppen Paraguays haben das bolivianische Gran-Chaco-Fort Arce erobert. Das Fort sei nach blutigen Kämpfen und nach Durchbrechung der bolivianischen Verteidigungslinie genommen worden.

Zuchthaus für Erschießung eines Polizeibeamten.

Dresden. Das Dresdener Schwurgericht verurteilte den 24jährigen Markthelfer Max Schmidt wegen qualifizierten Totschlages, verübt an dem Polizeihauptwachtmeister Schiekel, wegen Waffenmißbrauchs und Vergehens gegen die Schußwaffenverordnung zu zwölf Jahren zwei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Schmidt hatte in der Nacht zum 4. März den Beamten, der ihn bei der Tätigkeit, kommunistische Wahlparolen an die Hauswände zu malen, überrascht hatte, mit einem Pistolenschuß getötet.

Finnlands Teilnahme an der Gustav-Adolf-Feier in Lützen.

Helsingfors. Bei der Gustav-Adolf-Feier in Lützen wird Finnland durch den bekannten Führer im finnischen Freiheitskampf, General Mannerheim, vertreten werden. In seinem Gefolge befinden sich Vertreter der finnischen Regimenter, die am Dreißigjährigen Krieg teilgenommen haben.

Schwere Kämpfe bei Kintschau.

Schanghai. Zwischen Kintschau und Tschaojang sind schwere Kämpfe zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern im Gange. Japanische Kavallerie- und Infanterieabteilungen sowie Panzerwagen versuchten, die Stadt Futschin, wo sich 3000 Aufständische verschanzt haben, einzunehmen. Von chinesischer Seite wird erklärt, daß die Stadt durch das starke Bombardement aufgehört habe, zu existieren.

Vor neuen amerikanischen Zollerhöhungen.

Washington. Präsident Hoover hat den Zolltarifausschuß aufgefordert, die Zollsätze für folgende Einfuhrartikel zwecks Erhöhung zu prüfen: Teppiche, Bürsten, Glühbirnen, Messerwaren, Töpfereien, Stahl, Eisen, Gummischuhe, Schuhe, Lederhandschuhe, Silberartikel, Schmucksachen, Metallwaren, Holzwaren, chemische Erzeugnisse, Gemüse, Fischkonserven und getrocknete Bohnen.



Was uns schon lange fehlt,
ist dieser neuartige Regenschirm, bei dem der Stock nicht in der Mitte, sondern an der Seite sitzt. Da der Schirm doch stets seitwärts getragen wird, soll eine gleichmäßige Beschirmung der Trägerin oder auch von zwei Personen ermöglicht werden.



(Bild rechts) **Das Liktorenbündel als Frisur.**
Anläßlich der Zehnjahrfeier des Marsches auf Rom hat ein findiger Haarkünstler diese neue Damenfrisur herausgebracht: das Liktorenbündel, das Wahrzeichen des Faschismus, ist kunstvoll aus den Haaren geformt.

GROSSE WERBE-WOCHE

Viel gute Ware für wenig Geld

Unter diesem Merkmal steht unser

Klein-Libori-Verkauf

Was seit langem vorbereitet wurde, ist endlich Ereignis:

Alle Abteilungen stehen im Zeichen erhöhter Leistungen

Wer unsere Qualitäten kennt, weiß:

Daß wir immer Großes leisten!

Aber diesmal gilt es ganz besonders

Die deutsche Fabrikation gab ihre besten Qualitäten, ihre seltensten Gelegenheiten dazu her

Jeder wird sich überzeugen,

daß die Preise dieser Sonderposten — gewaltig unter Wert liegen!

Kaufhaus **Klingelthal**

das Haus der grossen Vorteile Paderborn

Alle Drucksachen liefert Paderborner Anzeiger A.-G.

Aufruf!

Zum fünften Male in diesem Jahre stehen wir vor einer Wahl: am 6. November soll der Reichstag, der jüngst der Auflösung verfallen ist, neu gewählt werden. Aus allen bisherigen Wahlen ist die Zentrumspartei mit wahrhaft glänzenden Erfolgen hervorgegangen, ja mit jeder Wahl haben sich ihre Erfolge gesteigert. **So muß und soll es auch diesmal sein.** Das Zentrum muß nicht bloß in alter Stärke, sondern noch stärker als bisher in den Reichstag zurückkehren.

Von welch gewaltiger Bedeutung die bevorstehende Reichstagswahl ist, hat unser Führer, Prälat Kaas, am Montag voriger Woche zu Münster in einer Rede dargelegt, **die in ganz Deutschland tiefen Eindruck gemacht hat. Es geht bei dieser Wahl um die lebenswichtigsten Rechte des Volkes, ja um die Erhaltung des Rechtsstaates überhaupt, um die Wiedereinführung einer planvollen Wirtschaftspolitik, um die Fortsetzung der nationalen Befreiungspolitik Dr. Brünings und um die Sicherung sozialer Gerechtigkeit für jedermann, besonders für die schuldlosen Opfer des Krieges und der Weltwirtschaftskrise. Für dieses hohe Ziel müssen wir kämpfen mit dem Einsatz unserer Kraft: vor der Wahl dadurch, daß wir Aufklärung schaffen und die Wahlmüden aufrütteln, am Tage der Wahl selbst dadurch, daß wir ausnahmslos zur Wahl gehen und die dann noch Zögernden zur Ausübung ihres Wahlrechts antreiben.**

Kampf aber erfordert Geld — viel Geld. Stolz sind wir darauf, bei den bisherigen Wahlen alle Mittel — Dank der Opferwilligkeit unserer Wähler — aus eigener Kraft beschafft zu haben. Wir dürfen jetzt — trotz der Wirtschaftsnot — in der Opferwilligkeit nicht erlahmen, gerade jetzt, wo es um das Ganze geht, dürfen wir die Partei nicht im Stiche lassen.

Alle Ortsgruppen rufen wir daher auf, zur nochmaligen freiwilligen Beitragsleistung. Beiträge zahle man ein auf unser Postscheckkonto Hannover 76 201.

Die Parteileitung der Zentrumspartei Westfalen-Ost.
Auffenberg, Rechtsanwalt und Notar.

Sommer-Sprossen
werden **unter Garantie** durch **VENUS** Stärke B **beeitigt.** RM 1,60, 2.75
Gegen Pickel, Mitesser Stärke A
Drogerie **Meyenberg,** Kamp 3
Drogerie **Bergmann,** Westernstr. 31

J. Herwald Paderborn Stempelfabrik Stempel u. Schilder

Erfinder — Vorwärtsstrebende
Hohe Geld-Belohnung
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

Vertreter(innen)
für ein Gesellschaftsspiel: Der Hauslehrer DRPa
Weihnachtsschlager
Alle Eltern schulpflichtiger Kinder sind Käufer. Sofort einsetzender, weit über Durchschnitt liegender Verdienst. Herren oder Damen, auch Junglehrer(innen) mit Energie u. Fleiß, die über 100—150 RM verfügen, wollen sich wenden an Postfach Nr. 4 Bad Eilsen.

Wir vermitteln Anzeigen
zu **Originalpreisen** und **Rabattsätzen** an **alle Zeitungen** und **Zeitschriften** des **In- und Auslandes.**
(Fachmännische Beratung und Bedienung).
Geschäftsstelle des
Paderborner Anzeigers
Bahnhofstraße 13 Paderborn Fernruf 3213

Creditgenossenschaft sucht für den hiesigen Bezirk seriösen, gut empfohlen. Herrn als **Vertreter** Bei Bewährung feste Anstellung. Ausführl. Offerten u. K.1001 an Annoncen-Burgardt M. Gladbach

Herr gesucht zum Vertrieb unsr. **Zigarren.** H. Jürgensen & Co., Hamburg 22

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 25. Oktober.

* **Börsenbericht.** Der anhaltende Sturz des englischen Pfundes verstimmte weiter. Die Spekulation hielt sich wieder zurück. Dagegen lagen aus der Provinz Verkaufsorders vor. Das Publikum beteiligte sich kaum am Geschäft. Die Tendenz konnte sich nach den ersten Kursen etwas bessern. Tagesgeld erforderte 4⅛ Prozent. Im Verlauf war die Tendenz durchweg freundlicher.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 13,88 bis 13,92; holl. Gulden 169,73—170,07; Danz. 82,07—82,23; franz. Franc 16,56—16,60; schweiz. 81,31—81,47; Belg. 58,54—58,66; Italien 21,55—21,59; schwed. Krone 72,33—72,47; dän. 72,23 bis 72,38; norweg. 70,43—70,57;; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 51,95—52,05; Argentinien 0,91—0,92; Spanien 34,52 bis 34,58.

* **Produktenbörse.** Am Getreidemarkt überwiegt das Angebot gegenüber der geringen Nachfrage, da der Konsum nur geringen Bedarf bekundet. Im Börsenverlauf war im Zeithandel vorübergehend eine leichte Erholung spürbar, sonst fehlte jede Anregung.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst bei 100 Kilogramm in Reichsmark:

	25. 10.	24. 10.		25. 10.	24. 10.
Weiz., märk.	194-196	196-198	Weizkl. f.Bln.	9,0-9,4	9,2-9,5
pommersch.	—	—	Roggkl. f.Bln.	8,2-8,6	8,2-8,7
Rogg., märk.	152-154	154-156	Raps	—	—
Braugerste	172-182	172-182	Leinsaat	—	—
Sommergst.	—	—	Viktoriaerbs.	22,0-26,0	22,0-26,0
Futtergerste	164-171	164-171	kl. Speiseerbs.	22,0-23,0	22,0-23,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	14,0-16,0	14,0-16,0
Hafer, märk.	132-136	133-137	Peluschken	—	—
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	—	—
Weizenmehl			Lupine, blaue	—	—
per 100 kg			Lupine, gelbe	—	—
fr. Berl. br.			Serradelle	—	—
inkl. Sack	24,0-27,5	24,2-27,7	Leinkuchen	10,3	10,3
Roggenmehl			Erdnußkuchen	11,1-11,3	11,2-11,4
per 100 kg			Trockenschtzl.	9,2-9,5	9,1-9,4
fr. Berl. br.			Sojaschrot	10,1-11,0	10,1-11,0
inkl. Sack	19,5-22,0	19,7-22,2	Kartoffelfl.	—	—

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen: Oktober 205—205,50, Dezember 202,50—204,50, März 204,50—206. Roggen: Oktober bis 162, Dezember 158,50—160, März 160 bis 161,50. Hafer: Oktober 141,50 + Geld, Dezember 135 bis 137, März 139 + Geld.

* **Heu- und Strohnotierungen.** Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 0,65—0,80; drahtgepreßtes Weizenstroh (Quadratballen) 0,45—0,60; drahtgepr. Haferstroh (Quadratballen) 0,45—0,60; drahtgepreßtes Gerstenstroh (Quadratballen) 0,45—0,60; Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 0,70—0,90; bindfadengepreßtes Roggenstroh 0,50 bis 0,70; bindfadengepreßtes Weizenstroh 0,45—0,55; Häcksel 1,30 bis 1,45; gutes Heu, gesund und trocken, erster Schnitt 1,80 bis 2,10; Luzerne, lose 2,15—2,45; Timothy, lose 2,20—2,50; Kleeheu, lose 2,00—2,30; drahtgepreßtes Heu 40 Pf über Notiz.

* **Berliner Schlachtviehmarkt.** (Amtlicher Bericht.) Bezahlt wurden für 50 Kilogramm in Mark:

	25. 10.	21. 10.
Ochsen: 1. vollfl. ausgemäst. höchst. Schlachtw., jg.	30	29—30
ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige jg.	27—28	26—28
ältere	—	—
3. fleischige	24—26	24—25
4. gering genährte	21—23	20—23
Bullen: 1. jüngere, vollfl., höchst. Schlachtw.	—	28—29
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	26—28	26—27
3. fleischige	23—25	22—25
4. gering genährte	19—21	19—21
Kühe: 1. jüngere, fleischige, höchst. Schlachtw.	—	24—25
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	19—22	20—23
3. fleischige	16—17	17—18
4. gering genährte	9—15	10—16
Färsen: 1. vollfl., ausgemäst., höchst. Schlachtw.	27—28	27—28
2. vollfleischige	25—26	24—26
3. fleischige	18—23	17—22
Fresser: 1. mäßig genährtes Jungvieh	16—21	16—21
Kälber: 1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	46—54	45—52
3. mittlere Mast- und Saugkälber	35—48	35—46
4. geringe Kälber	20—28	20—28
Schafe: 1. Mastlämmer u. jg. Masth. (Weidemast)	25—26	26—27
2. Mastlämmer u. jg. Masthammel (Stallmast)	30—32	31—33
3. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	25—28	28—30
Schweine: 1. Fettschweine über 300 Pfd.	—	45—46
2. vollfl. Schweine v. etwa 240—300 Pfd.	44—45	43—45
3. vollfl. Schweine v. etwa 200—240 Pfd.	41—44	40—44
4. vollfl. Schweine v. etwa 160—200 Pfd.	38—41	38—41
5. fleisch. Schweine v. etwa 120—160 Pfd.	36—37	35—37
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	—	—
7. Sauen	36—39	36—39

Lebendgew.

Auftrieb: 1339 Rinder, darunter 437 Ochsen, 304 Bullen, 598 Kühe und Färsen, zum Schlachthof direkt 34 Rinder, 56 Auslandsrinder; 2196 Kälber, 149 Auslandskälber; 3415 Schafe, zum Schlachthof direkt 724 Schafe; 11 149 Schweine, zum Schlachthof direkt 2901 Schweine, 123 Auslandsschweine. Verlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, geringe Ware vernachlässigt; bei Kälbern glatt; bei Schafen schleppend; bei Schweinen ziemlich glatt.

Günstige Entwicklung des Absatzes deutscher Weine.

Auf der Tagung des Trierisch-Rheinischen Genossenschaftsverbandes teilte Syndikus Monz vom Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer mit, daß man beabsichtige, nunmehr von der Mosel aus die gesamte Weinpropaganda im Reich abzustoppen und die verfügbaren Gelder für die Zeit zurückzustellen, in der es wieder notwendig sein werde, für den deutschen Wein zu werben. Nach der Absatzseite hin, so erklärte der Redner, stellen zur Zeit weitere Maßnahmen keine besondere Notwendigkeit dar, da sich der Weinkonsum von 3½ Liter auf den Kopf der Bevölkerung in den Jahren 1925 bis 1927 heute auf 6 Liter auf den Kopf gesteigert habe, während der Verbrauch von Auslandsweinen von fast 60 Prozent auf 22 Prozent des gesamten Weinkonsums gesunken sei.

Die Spielwarenindustrie in Erwartung des Weihnachtsgeschäfts.

Für die deutsche Spielwarenindustrie sind die Monate Juli, August und September in normalen Zeiten Hochsaisonmonate, in welchen vor allem die Überseeaufträge zu erledigen sind. Alle Werke sollten vollbeschäftigt sein und vielfach mit Überstunden arbeiten. In diesem Jahre ist hiervon leider sehr wenig zu bemerken. Zahlreiche Betriebe arbeiten noch kurz oder mit stark verminderter Belegschaft. Nur wenige Firmen sind vollbeschäftigt, vereinzelte arbeiten mit Überstunden. Wenn auch der Auftragseingang in dem abgelaufenen Vierteljahr besser war als in dem ersten Halbjahr, so bleibt er doch hinter dem der Vorjahre beträchtlich zurück, und auf keinen Fall können die großen Ausfälle in den ersten Jahresmonaten wieder eingeholt werden. Es kann daher heute schon gesagt werden, daß die Jahresproduktion der deutschen Spielwarenindustrie von 1932 weit hinter der der Vorjahre zurückbleiben wird.

Anziehen der Preise auf dem Möbelmarkt.

Auf dem Schnittholzmarkt macht sich eine Knappheit in gutem Tischlermaterial und dementsprechend ein Anziehen der Preise bemerkbar. Die von der Reichsregierung beschlossene Kontingentierung der Einfuhr für ausländisches Nadelschnittholz und Zollerhöhung für ausländisches Nadelrundholz wird diese steigende Tendenz noch verstärken. Auch die Preise für Glas, Jute, Schellack und andere von der Möbelindustrie benötigte Materialien sind erheblich gestiegen. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß das Tief der Preise überschritten ist. Mit einem weiteren Anziehen der Möbelpreise muß daher gerechnet werden. Die Käuferschichten standen bisher bei den sinkenden Preisen, die seit langem für Hersteller und Händler verlustbringend waren, den Angeboten abwartend gegenüber. Das Preisniveau war zum Teil weit unter die Selbstkosten gedrückt. Bei der steigenden Tendenz auf dem Möbelmarkt entschließt sich jedoch das kaufende Publikum mehr und mehr zu Abschlüssen, zumal der Bedarf nach wie vor groß ist.

*

— **Paderborner Schafmarkt** vom 25. Oktober. Aufgetrieben waren zirka 2000 Schafe. Es kosteten: gute Lämmer 35—48, Hammel 50—65, Schnickschafe 35—40 und Zuchtschafe 50—60 M. das Paar. Der Handel war sehr flott, sodaß der Markt frühzeitig geräumt war.